

Antrag A1 an die Kreismitgliederversammlung der LINKEN. München am 20./21. Juli 2019

Antragsteller*in: Kreisvorstand DIE LINKE. München

Titel: Eine Stadt für alle. Programm der Münchner LINKEN für die Kommunalwahlen 2020

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1	Wem gehört die Stadt?	
2	Programm der Münchner LINKEN für die Kommunalwahlen 2020	
3	Präambel: Wem gehört die Stadt?	2
4	1. Mieten: Das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen	4
5	1.1. Städtischen Grund gemeinwohlorientiert nutzen	6
6	1.2. Privaten Neubau sozial gerecht gestalten	6
7	1.3. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen vorantreiben	7
8	1.4. Verdrängung stadtwweit den Kampf ansagen	7
9	1.5. Zweckentfremdung stoppen	8
10	1.6. Städtische Wohnungen sozialer vergeben	8
11	1.7. Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen	9
12	2. Arbeit: Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient	9
13	2.1. Sichere Arbeitsplätze statt prekärer Beschäftigung	10
14	2.2. Armut bekämpfen – soziale Teilhabe ermöglichen	11
15	2.3. Grundversorgung entprivatisieren	12
16	2.4. Wirtschaftsförderung sozial und ökologisch gestalten	13
17	2.5. Zukunft der Arbeit sozial gestalten	13
18	2.6. Öffentlichen Beschäftigungssektor aufbauen	14
19	3. Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite	15
20	3.1. Gesundheit ist keine Ware – Privatisierungen stoppen	15
21	3.2. Mehr Personal für eine gute Pflege	16
22	3.3. Gesundheitsversorgung flächendeckend garantieren	16
23	3.4. Gesundheit barrierefrei gestalten	17
24	3.5. Unabhängige Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe	18
25	3.6. Für ein Altern in Würde	19
26	4. Verkehr: Die sozial-ökologische Verkehrswende gestalten	19
27	4.1. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr	20
28	4.2. Netzausbau: effizient, dezentral und ökologisch	20

29	4.3.	Die autofreie Stadt gestalten	22
30	4.4.	Für einen emissionsfreien Verkehr	23
31	5.	Umwelt: Klimagerechtigkeit vor Ort erkämpfen	24
32	5.1.	Energiewende: Lokal handeln, statt global investieren	24
33	5.2.	Naturschutz vor Profit – Grünflächen erhalten.....	25
34	5.3.	Nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln	26
35	5.4.	Reduzierung von Kunststoff	26
36	6.	Migration: Teilhabe für alle – unabhängig von Pass und Herkunft	27
37	6.1.	Gleiche Rechte für alle	28
38	6.2.	München zum sicheren Hafen machen.....	28
39	6.3.	Zivilgesellschaft stärken – dem Rechtsruck entgegen treten.....	30
40	7.	Bildung: Gebührenfrei und inklusiv von der Kita bis zur Meisterprüfung	31
41	8.	Gleichstellung: Selbstbestimmt Leben – für alle Geschlechter	32
42	9.	Diversität: Gleichberechtigung aller Lebensweisen vorantreiben	34
43	10.	Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen	35
44	11.	Öffentlicher Raum: Freiräume statt Kontrolle	37
45	12.	Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten	38
46	13.	Kunst und Kultur: Freiräume schaffen für eine unabhängige Kunst	40
47	14.	Frieden: Für eine rüstungsfreie Stadt	41
48	15.	Finanzen: Den städtischen Haushalt umverteilen.....	42
49			

50 Präambel: Wem gehört die Stadt?

51 Liebe Münchner*innen,

52 etwa 1,5 Millionen Menschen leben derzeit in unserer Stadt. Menschen mit unterschiedlicher
53 Herkunft und sozialer Lage, unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensentwürfen. Die Stadt ist der
54 Ort, in dem wir alle leben und arbeiten, unsere Freizeit verbringen und unsere sozialen Beziehungen
55 pflegen. Wir alle sollten in ihr ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können – in unserer
56 Unterschiedlichkeit und unabhängig von der sozialen Situation, in der wir uns befinden.

57 Die Realität schaut leider anders aus: München ist eine der reichsten Städte Europas. Doch von
58 Reichtum der Stadt profitieren vor allem einige wenige. Die Grund- und Immobilienspekulation
59 boomt – und die Mieten steigen ins Unermessliche. Während 30.000 Münchner*innen auf eine
60 Wohnung warten, zerstören Luxussanierungen und Spekulationsobjekte gewachsene
61 Viertelstrukturen und vertreiben ihre Bewohner*innen aus den Stadtvierteln. Freiräume werden

knapp: Ob Kunst, Kultur, soziales Miteinander oder Freizeitgestaltung – auf allem klebt in München ein Preisschild. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten leben die meisten Münchner*innen für die Arbeit, anstatt für ein gutes Leben zu arbeiten. Prekäre Arbeitsverhältnisse und körperliche und psychische Erkrankungen aufgrund der Arbeitssituation wachsen mit der Wirtschaft mit. Am Härtesten trifft die um sich greifende Kommerzialisierung der „Weltstadt mit Herz“ Menschen in ökonomischen Schwierigkeiten und diejenigen, die ohnehin schon gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Auch die Stadt will kräftig mitverdienen: Städtische Unternehmen wie MVG oder Kliniken werden auf „Wirtschaftlichkeit“ ausgerichtet – auf Kosten der kommunalen Infrastruktur und öffentlichen Grundversorgung, aber auch der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Diese Zustände sind Folge einer seit Jahrzehnten in verschiedenen Koalitionen verfolgten verfehlten Stadtpolitik. SPD, CSU und Grüne bemühen sich zwar gerne um das Image Münchens als soziale und weltoffene Stadt. Ihr soziales Gewissen endet jedoch dort, wo die Interessen des „Wirtschaftsstandorts“, also die Interessen der Investoren und großen Unternehmen betroffen sind.

DIE LINKE. München setzt sich für eine grundsätzliche Wende in dieser Politik ein. Der Reichtum der Stadt muss den Menschen zu Gute kommen. Die Stabilisierung der Umwelt – des Klimas, der Artenvielfalt, die Reinhaltung von Luft und Wasser, der Stopp des Landschaftsverbrauchs – wird von einer breiten Mehrheit als dringliche Aufgabe der Politik anerkannt. Die Digitalisierung verändert die Arbeits- und Lebenswelt, der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft folgt. Wir wollen diesen Wandel sozial gestalten und uns nicht von Markt und Kapital treiben lassen.

DIE LINKE steht für:

- **eine soziale Stadt:** Die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen müssen Vorrang vor denen der Unternehmen haben. Wir brauchen einen Stopp der Grund- und Bodenspekulation, ein umfassendes städtisches Wohnungsbauprogramm und die Förderung von Wohngenossenschaften. Die städtische Grundversorgung, wie etwa die städtischen Kliniken, gehört ausgebaut und in die öffentliche Hand. Für die Beschäftigten kommunaler Einrichtungen und von der Stadt finanzierter Träger müssen tarifrechtliche Standards gelten.
- **eine demokratische Stadt:** Die Stadt muss denen gehören, die in ihr **leben, wohnen und arbeiten**. Die Einwohner*innen sollen das politische Geschehen in der Stadt, im Bezirk und im Viertel unmittelbar bestimmen. Wir stehen für einen Ausbau demokratischer Mitentscheidung und Behördentransparenz auf allen Ebenen. Der öffentliche Raum muss

ausgeweitet werden und der Bevölkerung ohne große Hürden zur Nutzung zur Verfügung stehen. Kunst und Kultur brauchen leicht zugängliche und dauerhafte Freiräume.

- **eine solidarische Stadt:** Herkunft, soziale Lage, Geschlecht, Sexualität, Religion oder körperliche Einschränkungen dürfen bei der gesellschaftlichen Teilhabe keine Rolle spielen. München soll sich zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklären. Das städtische Hilfsangebot für sozial Benachteiligte muss ausgeweitet werden und sich an deren Bedürfnissen ausrichten. Wir stehen für eine enge städtische Zusammenarbeit und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Inklusion und im Kampf gegen rechts.

- **eine ökologische Stadt:** Wir wollen eine ökologische, nachhaltige und klimagerechte Stadt für alle. Der Ausbau der Radwege und ein energieeffizienter kostenloser Nahverkehr sollen das Auto als Hauptverkehrsmittel ersetzen. Städtische Naturräume müssen erhalten bleiben, regenerative Energien gefördert werden. Die Kosten der ökologischen Wende dürfen nicht auf sozial Benachteiligte und andere Regionen abgewälzt werden.

Kurz: Wir wollen eine Stadt für alle, von allen und durch alle.

Im Stadtrat wird sich DIE LINKE wie auf der Straße für Mehrheiten für diesen dringend benötigten Wechsel in der Stadtpolitik einsetzen. Gleichzeitig wollen wir nicht hinter den Rathaustüren über die Köpfe der Stadtbewohner*innen entscheiden, sondern die politische Wende in München mit ihnen gemeinsam gestalten. Im Stadtrat wird DIE LINKE den Dialog auf Augenhöhe mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Bürger*inneninitiativen fortsetzen, ihre Akteure und Anliegen in die Stadtratsarbeit einbinden und ihre Forderungen ins Rathaus tragen.

Unsere Stadt ist für alle Menschen da, nicht für den Profit einiger weniger. Holen wir uns die Stadt zurück!

1. Mieten: Das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen

Das Recht auf eine Wohnung ist ein Grundrecht. Wohnen darf keine Ware sein, die wie eine Aktie gehandelt wird. Heute ist München die Hauptstadt der Wohnungsspekulation. Internationale Immobilienkonzerne kaufen sich hier ein und investieren in Betongold. Aber auch Münchner Großakteure wie die Dawonia (ehemalige GBW), Patrizia, Vonovia oder die Bayerische Hausbau mischen kräftig mit und pressen die Mieter*innen aus.

Mit Modernisierungsmieterhöhungen und Umwandlung in Eigentumswohnungen treiben sie die Bewohner*innen aus der Stadt und tragen zur sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft bei.

126 Neubauten sind in der Regel nur für Reiche erschwinglich. Mietpreise von über 20 €/m² werden
127 immer mehr zur Regel. Ein großer Teil der Münchner*innen kann sich das Leben in der Stadt kaum
128 mehr leisten. Die Mietbelastung frisst bei vielen bereits mehr als 40 Prozent des
129 Nettohaushaltseinkommens auf – eine Belastung von über 30 Prozent gilt gemeinhin als kritisch.
130 Während der Bestand an Sozialwohnungen in München in den letzten 30 Jahren von 120.000 auf
131 43.000 geschrumpft ist, warten derzeit 30.000 Bürger*innen auf eine Wohnung. 9.000 Menschen
132 sind wohnungslos gemeldet.

133 Dies alles ist Ergebnis von Jahrzehnten profitorientierter Wohnungspolitik. Der soziale Wohnungsbau
134 wurde ausgetrocknet und der Spekulation mit Wohnraum, Grund und Boden Tür und Tor geöffnet.
135 Die Privatisierung der landeseigenen GBW-Wohnungen durch den Verkauf der CSU-Staatsregierung
136 2013 an die Patrizia AG hat die Lage zusätzlich verschärft.

137 Wir wollen die Wohnungspolitik in München grundlegend ändern: Wohnraum ist zum Wohnen da,
138 nicht zum Spekulieren. Wohnungsbau und Wohnungsverteilung müssen sich nach den sozialen
139 Anforderungen und tatsächlichen Bedürfnissen der Stadtbevölkerung richten. Wir wollen
140 genossenschaftliches und kommunales Wohnen sowie alternative Wohnformen (z.B. Mietsyndikate)
141 stärken und das spekulative Immobilieneigentum zurückdrängen. Städte wie Wien beweisen, dass es
142 möglich ist, einen Großteil des Wohnungsbestandes zu bezahlbaren Mieten in öffentlicher Hand zu
143 halten. In München wollen wir diesen Anteil in den nächsten Jahren auf ein Drittel des gesamten
144 Wohnungsbestandes erhöhen.

145 Initiativen wie das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ machen es vor: Das
146 Grundgesetz, aber auch die bayerische Verfassung ermöglichen Enteignungen zum Wohle der
147 Allgemeinheit. Um den bisherigen Missbrauch zu unterbinden, werden wir bei großen
148 Immobilienunternehmen auch dieses Mittel nutzen. Damit holen wir Menschen uns die Stadt zurück.

149 Wir fordern ein soziales Bodenrecht, denn 70 Prozent der Baukosten betreffen die Bodenpreise.
150 Ohne Deckelung der Bodenpreise wird es keine wirksame Mietpreisbegrenzung geben. Leistungslose
151 Gewinne aus dem Anstieg der Bodenpreise sind abzuschöpfen und für sozialen, kommunalen und
152 genossenschaftlichen Wohnungsbau zu verwenden.

153 Maßnahmen auf **Bundes- und Landesebene** – wie **die Deckelung von Mieten**, die Abschaffung der
154 Modernisierungumlage, das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, ein
155 Mietspiegel, der alle Bestandswohnungen erfasst, ein soziales Wohnungsbauprogramm oder die
156 drastische Besteuerung von Immobiliengewinnen bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung sozialer
157 Vermieter – sind unumgänglich. Aber auch die Stadt kann aktiv werden.

Immer mehr Mieter*innen wehren sich gegen den Münchner Mietwahnsinn. DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisierung der Betroffenen und steht dieser Bewegung solidarisch zur Seite.

1.1. Städtischen Grund gemeinwohlorientiert nutzen

Lediglich acht Prozent des Münchner Wohnungsbestandes befinden sich in öffentlicher Hand, weitere fünf Prozent in genossenschaftlichem Eigentum. Jahrelang haben die Stadtregierungen städtische Grundstücke verscherbelt, egal ob SPD- oder CSU-geführt oder unter Rot-Grün. Der Ausverkauf städtischer Grundstücke muss gestoppt werden.

Wir fordern:

- Vergabe von städtischen Grundstücken mit dauerhaften Mietobergrenzen und Bindungsfristen an kommunale oder gemeinwohlorientierte Wohnungsbaugesellschaften in Erbbaurecht
- Förderung von Genossenschaften, Miethäusersyndikaten und gemeinnützigen Organisationen
- Erstellung von zwei Dritteln der Wohnungen im geförderten Wohnungsbau EOF (einkommensorientierte Förderung) und im München-Modell
- Vorrang für Konzeptausschreibungen im Hinblick auf Nachhaltigkeit, möglichst autofreie Mobilität, soziale Mischung, Architektur und Quartiersbelange
- Erstellung von München-Modell-Wohnungen nur noch als Mietwohnungen

1.2. Privaten Neubau sozial gerecht gestalten

Wenn auf privaten Flächen neues Baurecht geschaffen wird, greift der städtebauliche Vertrag „Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)“, den die Stadt mit der Immobilienwirtschaft 2017 neu ausgehandelt hat; das Ergebnis ist jedoch völlig unzureichend. Wir brauchen aber auch verbindliche Regelungen für Nachverdichtungen im Bestand.

Wir fordern:

- Quote geförderter Wohnungen auf 50 Prozent erhöhen; restliche 50 Prozent bei Verzicht auf Eigentumswohnungen im konzeptionellen Mietwohnungsbau mit verbindlichen Mietobergrenzen
- Erhöhung des anteiligen Infrastrukturkostenbeitrages der privaten Investoren

- bedarfsgerechte Erstellung und Überarbeitung bestehender Nachverdichtungskonzepte zur Schaffung von zusätzlichem preiswerten Wohnraum unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen
- Anwendung der Kriterien einer optimierten SoBoN im Bestand, um erforderliche Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. Schulen oder Kitas zu finanzieren und spekulativer Nutzung einen Riegel vorzuschieben

1.3. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen vorantreiben

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums setzt bezahlbare Bodenpreise voraus. Mit der städtischen Entwicklungsmaßnahme (SEM) steht der Stadt ein Instrument zur Verfügung, Bodenpreise großflächig einzufrieren, bis in einem kooperativen Prozess mit der Öffentlichkeit geklärt ist, welche Flächen überhaupt benötigt und überplant werden. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Nutzung dieses Mittels ein, um auch in München bezahlbaren Wohnraum in größerem Ausmaß zu schaffen. Entscheidend hierfür ist die frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Bevölkerung.

Wir fordern:

- Beibehaltung und Wiederaufnahme bestehender SEM-Projekte
- Einbeziehung der Stadtbevölkerung in diesen Prozess
- Wohnbebauung mit bezahlbaren Wohnungen in gemeinwohlorientiertem Eigentum – Ausschluss des Baus von Eigentumswohnungen durch privatwirtschaftliche Bauträger
- Grün-, Erholungs- und landwirtschaftliche Flächen erhalten
- Schaffung von qualitätsvollen Arbeitsplätzen, z.B. im sozialen und kulturellen Bereich, Einzelhandel, Handwerk
- Vorrang für die städtische Daseinsvorsorge statt die Interessen Einzelner – Ausschluss von Spekulation mit Grund und Boden

1.4. Verdrängung stadtweit den Kampf ansagen

Ob Giesing, Schwabing oder Pasing: Gentrifizierung und Verdrängung der Münchner Bevölkerung sind stadtweite Probleme. Bisher genutzte Instrumente wie Erhaltungssatzungen, die städtische Milieus vor Verdrängung schützen sollen, können diese Entwicklung nicht aufhalten. Wir wollen die Kriterien der Erhaltungssatzung schärfen und sie auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten.

Um den Kauf von Wohnungen in den entsprechenden Gebieten dauerhaft finanzieren zu können, braucht die Stadt ein preislimitiertes Vorkaufsrecht.

220 Wir fordern:

- 221 • Geltung der Bindungen der Abwendungserklärung wie z.B. Mietobergrenzen,
222 Umwandlungsverbot in Eigentumswohnungen auch für unbebaute Grundstücke und
223 Maßnahmen zur Nachverdichtung
- 224 • Überprüfung der Regelungen zur Abwendungserklärung in regelmäßigen Abständen, um
225 notwendige Verschärfungen vorzunehmen
- 226 • Änderung der Kriterien zum Erlass einer Erhaltungssatzung und Aufhebung der zeitlichen
227 Begrenzung mit dem Ziel, die gesamte Stadt als Erhaltungssatzungsgebiet auszuweisen
- 228 • Keine Umwälzung von Spekulationskosten auf die Bevölkerung beim Wohnungserwerb
229 durch die Stadt
- 230 • Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten, die diesen Kriterien entsprechen, z.B.
231 Einrichtung eines städtischen Fonds zum Bau, Kauf und Erhalt bezahlbarer Wohnungen
232 aus öffentlichen Abgaben

233

234 1.5. Zweckentfremdung stoppen

235 Während immer mehr Menschen in München wohnungslos sind, steigt der Anteil des von
236 kommerziell als Ferienwohnungen oder für den Medizintourismus genutzten Wohnraums. Wir
237 wollen diesen Missbrauch bekämpfen. Hier orientieren wir uns an den Maßnahmen, die in Berlin
238 bereits verankert wurden.

239 Wir fordern:

- 240 • eine Registrierungspflicht für Ferienwohnungen, keine kurzzeitige Weitervermietung
241 ohne Genehmigung
- 242 • eine Anzeigepflicht für Wohnungen, die länger als drei Monate leer stehen
- 243 • Beschlagnahme leer stehender Wohnungen durch die Stadt – Instandsetzung auf Kosten
244 der Eigentümer
- 245 • mehr Personal und finanzielle Mittel für die Aufsichtsbehörden

246

247 1.6. Städtische Wohnungen sozialer vergeben

248 Mit 64.000 Wohnungen im Besitz von Gewofag, GWG und Kommunalreferat ist die Stadt der größte
249 Wohnungsbesitzer Münchens. Nach Vorbild des Berliner Wohnraumversorgungsgesetzes wollen wir
250 die Stadt dazu verpflichten, als fairer und sozialer Vermieter aufzutreten.

251 Wir fordern:

- 252 • Begrenzung der Mietbelastung auf 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens
- 253 • Vergabep Praxis bei freifinanzierten und München-Modell-Wohnungen nach sozialen
- 254 Gesichtspunkten über eine städtische Onlineplattform bzw. Vormerklisten transparent
- 255 gestalten
- 256 • ein Bauprogramm von **GWG, Gewofag und Münchner Baugenossenschaften** für
- 257 Auszubildende und Studierende plus eine vom Stadtrat festzulegende Abgabe großer
- 258 Betriebe zum Bau günstiger Appartements für diese Zielgruppe – als Alternative zu
- 259 Werkwohnungen
- 260 • Einrichtung einer Wohnungstauschbörse für städtische Wohnungen
- 261 • Mitbestimmung der Mieter*innen über Mieterbeiräte in den Wohnanlagen von Gewofag
- 262 und GWG über einen gemeinsamen Beirat

263

264 1.7. Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen

265 Hohe Mieten, Wohnungsmangel und unsichere Aufenthaltsrechte für Eingewanderte zwingen
266 Menschen auch im reichen München zum Leben in Notunterkünften oder auf der Straße. Vor dem
267 Hintergrund der dramatisch steigenden Zahl an Obdach- und Wohnungslosen muss die Stadt
268 München endlich gezielt handeln.

269 Wir fordern:

- 270 • Unterbringung von Menschen in Massenunterkünften beenden und dezentral
- 271 organisieren
- 272 • selbstorganisierte Lebensformen Betroffener fördern und unterstützen
- 273 • leer stehende Wohnungen – auch als Zwischennutzung – zur Verfügung stellen und leer
- 274 stehende Gewerberäume in Wohnraum umwandeln
- 275 • Neuauflage des Wohnungsbauprogramms „Wohnen für alle“
- 276 • keine Zwangsräumungen, die in die Wohnungslosigkeit führen

277

278 2. Arbeit: Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient

279 Obwohl München ein wichtiger Wirtschaftsstandort und eine relativ reiche Stadt ist, kommt der
280 wirtschaftliche Erfolg längst nicht bei allen an, **die hier arbeiten oder leben**. Das Armutsrisiko in
281 München ist eines der höchsten in Deutschland: Etwa 17 Prozent der Münchner*innen sind von
282 Armut betroffen – oft trotz **Beschäftigung**. Hohe Lebenshaltungskosten und das Schwinden von

283 kostenlosen und günstigen Räumen zur Freizeitgestaltung und kulturellen Betätigung verschärfen die
284 Problematik weiter und grenzen von Armut Betroffene von der sozialen Teilhabe am Stadtleben aus.
285 Unter sozialen Notlagen leidet auch die Gesundheit: 2018 waren in München Depressionen und
286 Angstzustände erstmals die Hauptgründe für Krankschreibungen am Arbeitsplatz. Kinder und
287 Jugendliche, Menschen mit formal niedrigen Schulabschlüssen, Alleinerziehende, Rentner*innen,
288 Migrant*innen und Frauen sind besonders betroffen.

289 Auch in München machen sich also die Folgen der von SPD und Grünen geschaffenen Hartz-Gesetze
290 bemerkbar. „Liberalisierung des Arbeitsmarktes“ und „dynamische Wirtschaft“ heißt vor allem eines:
291 Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Obwohl München im bundesweiten Vergleich eine
292 sehr niedrige Erwerbslosenquote von ca. vier Prozent hat, hält der Trend zu prekären
293 Arbeitsverhältnissen, befristeten Verträgen, Leiharbeit oder anderen ungesicherten
294 Arbeitsverhältnissen an. Die Gängelungen des Hartz IV-Regimes durch ständigen Druck und
295 Leistungskürzungen bekommen längst nicht mehr nur Erwerbslose zu spüren.

296 Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, in der der erwirtschaftete Reichtum allen Menschen zu Gute
297 kommt. Wir kämpfen für einen menschenwürdigen und stressfreien Arbeitsmarkt und eine Stadt, in
298 der niemand unter die Armutsgrenze fällt.

299

300 2.1. Sichere Arbeitsplätze statt prekärer Beschäftigung

301 Ein gesicherter und gut entlohnter Arbeitsplatz gehört zum guten Leben dazu. Die Stadt München als
302 Arbeitgeber hat hier eine Vorbildfunktion. Sie muss auch Druck auf andere Unternehmen ausüben,
303 arbeitsrechtliche Standards einzuhalten, etwa als Kriterien bei der Auftragsvergabe und
304 Unternehmensförderung.

305 Wir fordern:

- 306 • strikte Einhaltung geltender Tarifverträge bei Stadt, städtischen Unternehmen und
307 Subunternehmen
- 308 • städtische Aufträge nur an Unternehmen, die städtischen sozialen und ökologischen
309 Kriterien entsprechen. Dazu gehören u.a. Tarifverträge, Angebot von Ausbildungsplätzen,
310 Erfüllung der rechtlich festgelegten Schwerbehindertenquote, Existenz einer
311 betrieblichen Interessenvertretung (z.B. Betriebsrat) und faire Lieferketten
- 312 • Bevorzugung von Unternehmen, die aktiv die Gleichstellung von Mann und Frau
313 verfolgen, über Regelungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und
314 antidiskriminierende Standards verfügen

- 315 • Verbesserung der Kontrollen zur Einhaltung dieser Standards
- 316 • anonymisierte Bewerbungsverfahren in Stadt und städtischen Unternehmen, um
- 317 Chancengleichheit zu gewähren
- 318 • Keine Aufweichung der Ladenschlusszeiten und der Regelungen zu Sonn- und
- 319 Feiertagsarbeit
- 320 • Beitragszahlung für alle Beschäftigten der städtischen Betriebe, Einrichtungen und
- 321 Verwaltung in die zentrale Versorgungskasse, um die Altersversorgung besser
- 322 abzusichern
- 323 • Verbesserung der personellen Ausstattung der städtischen Betriebe, Einrichtungen und
- 324 Verwaltung (z.B. MVG, Jobcenter) unter besonderer Berücksichtigung von Menschen mit
- 325 Handicap
- 326 • Dauerhafter Verzicht auf sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und 1-Euro-Jobs bei
- 327 städtischen Arbeitsplätzen

328

329 2.2. Armut bekämpfen – soziale Teilhabe ermöglichen

330 Armut ist ein Problem im reichen München. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Erwerbslosigkeit,
331 unbezahlbare Mieten, Verschuldung oder prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir wollen, dass alle
332 Menschen in München ein würdevolles Leben führen können. Wir stehen für ein angst- und
333 diskriminierungsfreies soziales Absicherungssystem, das allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe
334 ermöglicht. Wir wollen die Wiedereingliederung in gute und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse
335 erleichtern.

336 Wir fordern:

- 337 • Verstärkte Anstrengungen zur Integration von Langzeiterwerbslosen im öffentlichen
- 338 Dienst und in Betrieben, an denen die Stadt beteiligt ist
- 339 • Verstärkte Personalausstattung und Schulungen für einen respektvollen Umgang der
- 340 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind für städtische Ämter und Jobcenter
- 341 • entgeltfreie Strom-Grundkontingente und Abschaffung von Stromsperren, um
- 342 Energiearmut zu bekämpfen, sowie über die Strom-Grundkontingente hinaus die
- 343 Einführung eines Sozialtarifs für Menschen die Transferleistungen beziehen, von
- 344 Altersarmut betroffen sind und eine Einkommenssituation haben, die unterhalb der
- 345 relativen Einkommensarmut liegt

- 346 • die Ausweitung des München-Passes auf Personen, die von Altersarmut betroffen sind
- 347 und eine Einkommenssituation haben, die unterhalb der relativen Einkommensarmut
- 348 liegt; Kostenfreiheit für alle Angebote des München-Passes
- 349 • Verstärkung der Kooperationen mit Vertretungen aus Wohlfahrtspflege, Wirtschaft,
- 350 Gewerkschaften, Kammern und Bildungsträgern für Programme zur Armutsbekämpfung
- 351 durch Arbeits-, Integrations- und Bildungsprogramme
- 352 • Klare Zuständigkeit und unkomplizierte Antragswege für Förderprogramme zur
- 353 Integration in den Arbeitsmarkt
- 354 • Bessere Ausstattung von erfolgreichen Beratungseinrichtungen für Langzeiterwerbslose
- 355 durch das städtische Referat für Arbeit und Wirtschaft
- 356 • Fortführung der städtischen Unterstützung der ehrenamtlichen Unterstützung der
- 357 Tafeln; Bedingungen schaffen, die die Tafeln überflüssig machen
- 358 • Ombudsstellen für Hartz IV-Betroffene unabhängig von den Jobcentern

359 2.3. Grundversorgung entprivatisieren

360 Die städtischen Betriebe sind nicht nur einer der wichtigsten Arbeitgeber in München, sondern als
 361 Grundversorger auch zentral für die Lebensqualität und Deckung der Grundbedürfnisse aller in der
 362 Stadt. Die öffentliche Grundversorgung darf sich nicht an der Logik der Profitorientierung mit
 363 unvorhersehbaren Folgekosten für Mensch und Natur ausrichten, sondern muss sich an den
 364 Bedürfnissen der Münchner*innen orientieren. Wir stehen für eine umfassende
 365 Rekommunalisierung und demokratische Kontrolle der städtischen Betriebe.

366 Wir fordern:

- 367 • keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben oder Betriebsteilen, Einrichtungen und
- 368 Aufgaben
- 369 • keine Fremdvergabe von Leistungen durch kommunale Betriebe zum Zweck der
- 370 Lohnsenkung
- 371 • wirksame demokratische Kontrolle und Verantwortung städtischer Unternehmen in
- 372 Satzungen und Gesellschaftsverträgen
- 373 • keine öffentlich-privaten Partnerschaften („Public Private Partnerships“), da diese zu
- 374 Erzielung von Gewinnen und Privatisierung und damit zu höherer Belastung der
- 375 Einwohner*innen durch Gebühren führen
- 376 • Rückführung für die Grundversorgung wichtiger kommunaler Unternehmen in die
- 377 öffentliche Hand

378

2.4. Wirtschaftsförderung sozial und ökologisch gestalten

Eine vorausschauende städtische Wirtschaftspolitik muss dafür sorgen, dass wirtschaftliches Wachstum auch bei den Menschen ankommt. Wir wollen die städtische Wirtschaftsförderung stärker nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Durch sorgfältige und umfassende Planung ist auf die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen städtischer Wirtschaftspolitik zu achten. Dies schließt einen Schutz bestehender Gewerbe sowie eine enge wirtschaftspolitische Abstimmung mit Region und Umlandgemeinden mit ein.

Wir fordern:

- Schaffung sicherer und gut bezahlter Arbeitsplätze, insbesondere im Sozial- und Erziehungssektor
- Umweltverträglichkeit / Klimaneutralität als Kriterien städtischer Wirtschafts- und Investitionspolitik
- Gezielte Förderung gemeinwohlorientierter Betriebe und Genossenschaften
- Einrichtung einer kommunalen Förderungs- und Beteiligungsbank für gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Betriebe
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Absprache mit den Nachbargemeinden
- kommunale Maßnahmen gegen Geschäftsmodelle, die traditionelle Dienstleister durch Scheinselbstständigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Umgehung kommunaler Abgaben verdrängen (z.B. Uber, Airbnb)

2.5. Zukunft der Arbeit sozial gestalten

Arbeit 4.0 und Digitalisierung sind die Schlagwörter bei der politischen Gestaltung und Regulierung moderner Arbeitswelten. Die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Erwartungen und Bedürfnisse einer digitalen Wirtschaft bedeutet für die Beschäftigten **entgrenzte** Arbeitszeiten, ständige Verfügbarkeit und die Aufweichung **der Grenze** zwischen Arbeit und Freizeit. Dauerstress und psychische Erkrankungen sind die Folgen. Auch in München stellen wir uns deswegen gegen eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und stehen für das Recht auf Erholung und Verfolgung eigener Interessen ein.

Wir fordern:

- Recht auf mindestens zwei Sabbaticals im Arbeitsleben für alle Beschäftigten der Stadt und städtischer Unternehmen

- Das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit und einen echten Feierabend für alle Beschäftigten der Stadt und städtischer Unternehmen: E-Mail Ausgangssperren an Feierabend und Wochenende
- Recht auf Weiterbildung und Weiterqualifizierung auf städtische Kosten und in der Arbeitszeit in Stadtverwaltung und Beteiligungsgesellschaften

2.6. Öffentlichen Beschäftigungssektor aufbauen

Auch wenn die Erwerbslosenquote in München vergleichsweise niedrig ist – auch hier sind Menschen aufgrund von Erwerbslosigkeit oder prekärer Arbeitsverhältnisse auf staatliche Unterstützung angewiesen, den Schikanen von Hartz IV ausgesetzt und gerade im teuren München von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgeschlossen. Mit dem Ausbau von städtischen Qualifizierungsmaßnahmen und den Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors wollen wir lebenswerte und abgesicherte Arbeitsplätze schaffen.

Wir fordern:

- Die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) mit sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsverhältnissen
- Integration bestehender Arbeitsförderungsprojekte in den ÖBS
- Erhalt vorhandener und Ausbau der Betriebe des Münchener Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) sowie Erhöhung der Fördermittel und die Aufnahme in die Regelförderung nach mindestens fünf Jahren
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Langzeitarbeitslose, die in den MBQ-Betrieben arbeiten, durch Verzicht auf vorgeschaltete ALGII-Maßnahmen
- Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um einen Prozent zur Finanzierung von betrieblichen Begleitprogrammen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen, wie z.B. Geflüchtete, Menschen mit Einschränkungen oder Geringerqualifizierte
- Entwicklung von Inklusionskonzepten für die Integration von Menschen mit Einschränkungen in den ersten Arbeitsmarkt in enger Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskommission
- arbeits- oder wohnortnahe Kindertagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten und familienfreundlichen Betreuungszeiten

3. Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite

Ob im Krankenhaus, in der medizinischen Versorgung vor Ort, in der Geburtshilfe oder Altenpflege – Ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Gesundheitssystem für alle sollte eigentlich zur selbstverständlichen kommunalen Grundversorgung dazu gehören. Die öffentliche Gesundheitsversorgung sollte das individuelle Wohl der Patient*innen im Auge haben – ungeachtet von Einkommen, Alter, Herkunft oder Diagnose.

Auch in München entfernt sich die Gesundheitsversorgung immer weiter von diesem Anspruch. Immer mehr Bereiche der Grundversorgung werden privatisiert und auch öffentliche Krankenhäuser und andere Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen einer profitorientierten Marktlogik unterworfen. Einsparungen und Leistungskürzungen auf Kosten der Patient*innen und der im Gesundheitsbereich Beschäftigten sind die Folge. Der ökonomische Druck auf das Gesundheitssystem und Leistungsunterschiede für Privat- und Kassenpatient*innen führen zunehmend zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Menschen mit geringem Einkommen und Bildungshintergrund werden zunehmend von der medizinischen Versorgung und Pflege ausgeschlossen.

Wir wollen diesen Trend durch eine umfassende kommunale Gesundheitsplanung für München zusammen mit Landesregierung, Kassenärzt*innen, Krankenhausträgern und Vertreter*innen von Patient*innen und Personal entgegenwirken. Unser Ziel ist ein städtisches Gesundheitssystem, in dem die stationäre Versorgung mit ausreichend Personal ausgestattet und der bedarfsgerechte Zugang zu ambulanten medizinischen Angeboten in der Nähe des Wohnortes sichergestellt ist, sowie ein umfassendes Unterstützungsangebot für Menschen mit besonderen Gesundheitsrisiken in allen Stadtteilen.

3.1. Gesundheit ist keine Ware – Privatisierungen stoppen

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die sich am Patient*innenwohl orientiert und nicht an der Marktlogik. Dafür wollen wir die öffentlichen Strukturen im Gesundheitswesen, wie etwa die München-Kliniken, in öffentlicher Hand und demokratischer Kontrolle durch den Stadtrat erhalten. Wir setzen uns für den Verbleib von Kliniken und Gesundheitseinrichtungen im Besitz der Stadt München ein.

Wir fordern:

- Rückführung der München-Kliniken und anderer städtischer Gesundheitseinrichtungen von GmbHs in städtische Eigenbetriebe

- 472 • Einsatz von Berater*innenfirmen zur kommerziellen Ausrichtung der
473 Gesundheitseinrichtungen stoppen
- 474 • Erstellung eines nachhaltigen, am Patient*innenbedürfnis orientierten Gesamtkonzeptes
475 für die städtischen Kliniken unter Beteiligung des Personals
- 476 • Rückführung der Zuständigkeit für die Kliniken von der Stadtkämmerei zum Referat für
477 Gesundheit und Umwelt
- 478 • Rückführung ausgegliederte Bereiche in den Klinikbereich und Verhinderung weiterer
479 Ausgliederungen

480

481 3.2. Mehr Personal für eine gute Pflege

482 Für eine gute Pflege und medizinische Versorgung braucht es gute Arbeitsbedingungen für alle
483 Beschäftigten – von der Reinigungskraft bis zur Chefärzt*in. Die gesetzliche Finanzierung der
484 Krankenhäuser stellt auf eine Leistungsausweitung ab. Mit möglichst wenig Personal sollen möglichst
485 viele Patient*innen in kurzer Zeit behandelt werden. Wir wollen Rahmenbedingungen für alle
486 Beschäftigtengruppen im Krankenhaus (Pflege, Hebammen, Ärzt*innen, Hauswirtschaft, Reinigung,
487 usw.) schaffen, die gute Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen ermöglichen. Eine Steigerung
488 der Attraktivität von Pflegeberufen führt nicht nur zu zufriedenerem Personal, sondern damit auch
489 zur Steigerung der Versorgungsqualität der Patient*innen in den Städtischen Kliniken.

490 Wir fordern:

- 491 • 500 neue Pflegestellen als Sofortprogramm für die Städtischen Kliniken
- 492 • Personalbemessungsregelung in den städtischen Einrichtungen, die sich am tatsächlichen
493 Pflegeaufwand orientieren
- 494 • Erhöhung der München-Zulage bei Tarifverträgen in städtischen Einrichtungen
- 495 • Ausweitung von Personalwohnungen über die städtischen Wohnungsbaugesellschaften,
496 insbesondere für Auszubildende in den Gesundheitsberufen und Medizinstudierende
- 497 • Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung und Förderung altersgerechten
498 Arbeitens
- 499 • Qualitätsverbesserung und Aufstockung der Ausbildungsplätze in allen
500 Gesundheitsberufen

501 3.3. Gesundheitsversorgung flächendeckend garantieren

502 Wir benötigen eine engmaschige medizinische Versorgung und Pflege, damit sie für Bedürftige leicht
503 erreichbar ist. Dazu braucht es den Ausbau eines dezentralen, wohnortnahen, inkludierten und

504 umfassenden ambulanten Versorgungsnetzes für alle Bevölkerungsschichten. Ein solcher Ausbau
505 würde auch überfüllten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und langen Wartezeiten vorbeugen.
506 Wir wollen eine regionale und stadtteilbezogene Gesundheitsplanung einrichten und die
507 unterschiedlichen Versorgungsstrukturen in der Stadt angleichen.

508 Der mit der ökonomischen Neuausrichtung der Münchner Kliniken einhergehende Bettenabbau führt
509 seit Jahren zu zunehmend schweren Engpässen in der stationären Notfallversorgung der Stadt
510 bemerkbar. Vor allem die Gesundheit schwerkranker Patienten, alter Menschen und kranker Kinder
511 ist damit im besonderen Ausmaß gefährdet. Wir wollen diesen Trend stoppen und eine gute
512 Notfallversorgung für alle garantieren.

513 Wir fordern:

- 514 • bedarfsgerechtere Verteilung der hausärztlichen Versorgung in den Stadtteilen durch
515 Schaffung barrierefreier Gesundheitszentren in den nächsten sechs Jahren
- 516 • Schaffung kommunaler Gesundheitszentren, die alle Fachrichtungen der ambulanten
517 Medizin vollständig abdecken
- 518 • städtische Unterstützung von Ärzt*innenkollektiven
- 519 • Einrichtung kommunaler Geburtshäuser
- 520 • Keine weitere Kürzung der Bettenanzahl für die Notfallversorgung in Münchner Kliniken
- 521 • Erhalt der umfassenden Notfallversorgung für das Klinikum Schwabing
- 522 • Erstellung eines Plans zur Wiederherstellung einer guten Notfallversorgung unter
523 Einbeziehung der Vorschläge und Expertise von Bürgerinitiativen wie „Bürger für unser
524 Münchner Stadtklinikum“ und „Initiative Klinikum Harlaching“, sowie des
525 Gesundheitsladens München e.V.

526

527 3.4. Gesundheit barrierefrei gestalten

528 Alle, die hier leben, haben einen gleichberechtigten Zugang zu unserem Gesundheitssystem verdient.
529 Armut, unsicherer Aufenthaltsstatus, körperliche oder geistige Einschränkungen, psychische oder
530 Suchterkrankungen sind besondere Risikofaktoren für die individuelle Gesundheit. Gleichzeitig
531 werden Menschen mit diesen Problematiken durch das bestehende Gesundheitssystem besonders
532 ausgegrenzt. Wir wollen das städtische Gesundheitswesen von Barrieren für die Betroffenen befreien
533 und das bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebot **diskriminierungsfrei** ausweiten.

534 Wir fordern:

- 535 • Barrierefreie Gestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern und Einrichtungen der
536 Altenhilfe
- 537 • Anpassung von Untersuchungstechniken und Behandlungsmethoden an die Bedürfnisse
538 von Menschen mit Handicap in allen Fachbereichen
- 539 • Ausweitung der ambulanten Versorgung durch sozialpsychiatrische Dienste und
540 betreutes Einzelwohnung für Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen durch die
541 öffentliche Hand
- 542 • Ausbau und Koordination städtischer psychiatrischer Krisendienste und zeitnahe
543 Vermittlung an freiwillige ambulante Therapieangebote, um stationäre Aufenthalte aus
544 Mangel an Alternativen zu verhindern
- 545 • Unterstützung statt Kriminalisierung von Suchterkrankungen
- 546 • Einrichtung von geschützten „Druckräumen“, wo der Konsum unter ärztlicher Aufsicht
547 mit kontrollierten Substanzen und sterilem Infusionsbesteck erfolgen kann
- 548 • ein umfassendes öffentlich getragenes kommunales Versorgungsangebot für Menschen
549 ohne Versicherungsschutz
- 550 • Bereitstellung von Versicherungskarten für Menschen ohne Versicherungsschutz durch
551 das Gesundheitsreferat

552 3.5. Unabhängige Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe

553 Alle Patient*innen haben einen Anspruch auf umfassende Informationen und fachgerechte Beratung
554 in der Gesundheitsversorgung. Die Selbstbestimmung und fundierte Entscheidungsfähigkeit der
555 Patient*innen muss dabei im Mittelpunkt der Beratung stehen. Wir wollen das Angebot an
556 kostenfreien und unabhängigen Beratungs- und Unterstützungsstellen ausbauen und auf die
557 speziellen Bedürfnisse der Patient*innen, gerade von Risikogruppen, anpassen.

558 Wir fordern:

- 559 • Ausbau einer unabhängigen und lokal verwurzelten Patient*innenberatung im
560 Gesundheitsladen München e.V.
- 561 • Ausweitung stadtteilorientierter und aufsuchender Beratung auf eigenen Wunsch
- 562 • Schaffung unabhängiger Patient*innenfürsprecher*innen in allen Münchner Kliniken
563 nach „Münchner Modell“
- 564 • Stärkung und Ausbau von Selbsthilfestrukturen
- 565 • regelmäßige Überprüfung der Unabhängigkeit der Patient*innenbeauftragten durch den
566 Stadtrat

- 567 • Angebot von Patient*inneninformationen in Leichter Sprache zur Selbstverständlichkeit
568 machen
- 569 • Stärkung einer neutralen Aufklärung zu Gesundheitsthemen in der Jugend- und
570 Bildungsarbeit
- 571 • dezentrale und niederschwellige Anlaufstellen zur Beratung und psychologischen
572 Unterstützungen von Suchterkrankungen

573

574 3.6. Für ein Altern in Würde

575 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens macht sich insbesondere in der Altenpflege bemerkbar.
576 Während sich derzeit nur ca. sechs Prozent aller Pflegeplätze in öffentlicher Hand befinden, kaufen
577 sich Investor*innen in Einrichtungen ein und richten sie auf Profitschöpfung aus. Um älteren
578 Menschen eine qualitativ hochwertige und würdevolle Versorgung zu gewährleisten, wollen wir die
579 kommunale Versorgungsstruktur des Münchenstift ausbauen. Eine gute ambulante Versorgung in
580 den Stadtvierteln und die Einrichtung alternative Wohnkonzepte sollen in der Bau- und Stadtplanung
581 berücksichtigt werden.

582 Wir fordern:

- 583 • Ausbau der städtischen Pflegestruktur
- 584 • städtische Personalvorgaben beim Pflegepersonal
- 585 • Qualitätsverbesserung in der stationären Altenpflege
- 586 • Alternative Wohnkonzepte für ältere Menschen

587

588 4. Verkehr: Die sozial-ökologische Verkehrswende gestalten

589 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen in
590 München ein Verkehrskonzept, in dem sich alle preisgünstig, schnell, sicher und ohne Hürden und
591 Zugangsbeschränkungen bewegen können. Wege und Verkehrsmittel müssen dabei effizient, leicht
592 erreichbar und barrierefrei gestaltet sein. Sie dürfen nicht auf Kosten des öffentlichen Raums und der
593 Umwelt gehen.

594 Wir stehen für eine radikale verkehrspolitische Wende in München: Der Umweltverbund aus
595 öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV), Fahrrad- und Fußgänger*innenverkehr muss das Auto als
596 wichtigstes Verkehrsmittel in Stadt und Region ersetzen. Eine Reduktion des Kraftfahrzeugverkehrs
597 führt zur Eindämmung der Schadstoffbelastung für Mensch und Umwelt, erhöht die

598 Verkehrssicherheit, befreit für Straßen und Parkplätze genutzte Flächen zu Gunsten der
599 Stadtgesellschaft und beendet den alltäglichen Verkehrskollaps auf den Münchner Straßen vor allem
600 zu Stoßzeiten.

601 Kurzfristig wollen wir eine Erhöhung des Anteils von ÖPNV, Rad und Fußverkehr von 66 Prozent
602 (2017) auf 80 Prozent des Gesamtverkehrs. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Attraktivität
603 des ÖPNV erhöhen, das Nahverkehrsnetz energieeffizient und kostengünstig ausbauen und das
604 bestehende Straßennetz schrittweise zu Gunsten von Rad, Fußgänger*innenverkehr und öffentlich
605 nutzbaren Raum umwandeln. Eine soziale, ökologische und barrierefreie Verkehrswende muss auch
606 die Nachbarregion einbeziehen, um Pendler*innen von der Notwendigkeit der Nutzung des Autos zu
607 entlasten.

608

609 4.1. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr

610 Hohe Ticketpreise und das schwer überschaubare Ticket- und Tarifsysteem sind eine der größten
611 Hürden zur Nutzung von Bus, Tram, U- und S-Bahn, besonders für Menschen mit geringem oder gar
612 keinem Einkommen. Wir wollen das bestehende Ticket- und Tarifsysteem, das die Einzelnen belastet,
613 zu Gunsten eines ticketfreien ÖPNV für ganz München ersetzen. Die Finanzierung des ÖPNV soll nach
614 sozialen und ökologischen Kriterien, etwa über Sonderabgaben z.B. für Unternehmen gesichert
615 werden. In zahlreichen Orten im In- und Ausland, darunter auch in Großstädten wie Tallinn, hat sich
616 der ticketfreie ÖPNV bereits bewährt – mit positiven Auswirkungen auf die Reduktion des PKW-
617 Verkehrs. Auch München sollte sich dieser Entwicklung gegenüber öffnen.

618 Wir fordern:

- 619 • die schrittweise Einführung eines ticketfreien ÖPNV für München und vollständige
620 Ticketfreiheit bis spätestens 2025
- 621 • ticketfrei sofort für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Menschen ohne eigenes
622 Einkommen
- 623 • Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets als Zwischenschritt
- 624 • Entkriminalisierung von Fahrgästen ohne gültigen Fahrschein

625

626 4.2. Netzausbau: effizient, dezentral und ökologisch

627 Um den ÖPNV zu einer echten Alternative zur PKW-Nutzung im Alltag zu machen, wollen wir das
628 Nahverkehrsnetz in Stadt und Umland flächendeckend ausbauen. Dabei wollen wir die bestehende
629 Zentrierung des Verkehrsnetzes auf Stadtzentrum und Stammstrecke durch dezentrale Verbindungen

630 zwischen Wohngebieten und Stadtteilzentren sowie zwischen wichtigen Orten im Außenbereich
631 ergänzen. Ein flächendeckendes dezentrales ÖPNV-Netz würde nicht nur das Verkehrsaufkommen im
632 Innenstadtbereich entlasten, sondern durch kürzere Verbindungswege auch die Attraktivität und
633 Lebensqualität in weiter außerhalb gelegene Viertel und Ortschaften erhöhen.

634 Mit der Trambahn ist ein dezentraler und flächendeckender Netzausbau in München vergleichsweise
635 günstig, umweltfreundlich und mit geringem Aufwand realisierbar. Wir fordern eine
636 Trambahnoffensive für die ganze Stadt mit verbesserten Tramverbindungen zwischen den Stadtteilen
637 und einer Verdichtung des bestehenden Netzes. An verkehrstechnisch sinnvollen Stellen können
638 Seilbahnen das bestehende Netz ergänzen. Um für Pendler*innen die Anbindung von Stadt und
639 Umland zu verbessern, wollen wir den Anschluss bestehender U- und Trambahnverbindungen an den
640 Umlandverkehr im Einvernehmen mit Umweltverbänden und Umlandgemeinden in Form einer
641 Stadt-Umland-Bahn vorantreiben.

642 Unverhältnismäßig teure Prestigeprojekte mit unklarer Finanzierung und der Aussicht auf hohe
643 Betriebskosten und Verkehrsbehinderungen durch Großbaustellen über Jahrzehnte sind keine
644 Lösung des Münchner Nahverkehrsproblems. Wie die Zweite Stammstrecke mit Tieftunnel wollen wir
645 den geplanten Nord-Süd-U-Bahn-Tunnel verhindern. Bei beiden milliardenschweren Großprojekten
646 werden die derzeitigen Probleme des innenstadtzentrierten Verkehrsnetzes und der
647 Umweltbelastung eher verschärft. Wir fordern stattdessen einen Ausbau des bereits vorhandenen
648 Nord- und Südrings zu S-Bahn-Ringlinien, sowie einen Ausbau des Trambahnnetzes.

649 Wir fordern:

- 650 • einen flächendeckenden und dezentralen Ausbau des Trambahnnetzes, das Wohnviertel
651 und Stadtteilzentren untereinander verbindet
- 652 • Schaffung von Verbindungen von U- und S-Bahn-Stationen im Außenbereich in enger
653 Absprache mit Umweltverbänden und Nachbargemeinden
- 654 • Tramoffensive gegenüber drittem U-Bahn-Tunnel und anderen Prestigeobjekten
655 forcieren
- 656 • S-Bahn-Ring statt Tieftunnel als zweite Stammstrecke
- 657 • einen polyzentrischen Ausbau des Nahverkehrsnetzes zwischen München und
658 Umlandgemeinden
- 659 • Ausbau des städtischen Leihfahrradnetzes
- 660 • Bahnhöfe sind keine Shopping Malls: Haupt- und Ostbahnhof als soziale Treffpunkte
661 erhalten und ausbauen
- 662 • eine Erhöhung des Platzangebotes in öffentlichen Verkehrsmitteln

- kürzere Taktfolgen auch abends und nachts
- eine Verdichtung des Nachtliniennetzes

665

666 4.3. Die autofreie Stadt gestalten

667 Fahrrad- und Fußgänger*innenverkehr sind nicht nur die umweltfreundlichsten, sondern oft auch
668 schnellsten und praktischsten Fortbewegungsmittel durch die Großstadt. Gerade sie sind jedoch
669 durch den PKW-Verkehr eingeschränkt. Die tägliche Blechlawine nimmt Fußgänger*innen und
670 Fahrradfahrer*innen nicht nur Platz zur Bewegungsfreiheit, sondern bedroht auch ihre Gesundheit
671 und Verkehrssicherheit. Gerade Kinder, ältere Menschen und Menschen mit körperlichen
672 Einschränkungen sind besonders betroffen.

673 Wir wollen den Autoverkehr in der Stadt zu Gunsten von Fußgänger*innen und Fahrrad
674 zurückdrängen. Damit schaffen wir nicht nur alternative Verkehrswege, sondern auch öffentlich
675 nutzbare Flächen für die Allgemeinheit und einen Zuwachs von Lebensqualität in Wohnvierteln und
676 Stadtteilzentren. Auch der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Raum muss mit einbezogen
677 werden: Die Erweiterung des Straßenverkehrs für Fußgänger*innen und Fahrrad darf nicht auf
678 Kosten von Menschen mit körperlichen Einschränkungen vorstattengehen, sondern muss diese in die
679 Planung von vornherein einbeziehen.

680 Wir fordern:

- München zügig autofrei innerhalb des Mittleren Rings (mit entsprechenden
Ausnahmeregelungen für den unvermeidbaren Kraftverkehr).
- sofort eine Privatauto-freie Alt- und Innenstadt: bestehende Fußgänger*innenzonen
erweitern, neue einrichten und teilweise ganztägig für den Radverkehr freigeben,
Umwandlung der Sonnenstraße zum Fußgänger*innenboulevard mit Altstadttring für
Fahrradfahrer*innen
- Einrichtung von Fußgänger*innenzonen auch in Stadtteilzentren jenseits des
Innenstadtbereichs
- den sofortigen Ausbau der Fahrradinfrastruktur mit leichter Kombinierbarkeit von
ÖPNV und Fahrrad; wir wollen die Ziele des ‚Radentscheid München‘ schnell und
konsequent umsetzen
- eine konsequente barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums
- Neu- und Ausbau von Straßen nur in Ausnahmefällen und mit Fokus auf den
Umweltverbund, etwa zur Erschließung neuer Stadtgebiete oder Entlastung bestehender
Wohnsiedlungen

- eine kritische Bewertung von Tunnelprojekten anhand ihrer tatsächlichen Umweltbilanz

4.4. Für einen emissionsfreien Verkehr

Das Auto ist immer noch der Klimakiller Nummer Eins auf Münchens Straßen. Die vom Kraftfahrzeugverkehr ausgehenden CO₂-, Feinstaub-, Mikroplastik und Stickstoffdioxidemissionen und der Lärm belasten die Gesundheit der Stadtbewohner*innen und haben gravierende Folgen für Natur und Lebensqualität – lokal und global. Der anhaltende Verbrauch fossiler Energien wie Diesel und Benzin trägt darüber hinaus global zur Ressourcenverknappung bei und heizt globale Ressourcenkonflikte an. Wir wollen die größtmögliche Reduktion umwelt- und gesundheitsschädigender Emissionen durch den Straßenverkehr: Die bestehenden Grenzwerte für Treibstoffemissionen müssen eingehalten werden. Bis 2030 soll der gesamte Münchner Verkehr komplett auf fossile Treibstoffe verzichten.

Wir fordern:

- flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 innerhalb des Stadtgebietes
- Fahrverbote für stark schadstoffemittierende Kraftfahrzeuge
- Ergänzung der Umweltzone innerhalb des Mittleren Rings durch die blaue Plakette für schadstoffarme Fahrzeuge
- Erhöhung der Parkgebühren
- Umstellung der MVG-Busflotte, des städtischen Fuhrparks und privater Dienstleister (z.B. Taxis, CarSharing) auf Elektromobilität. Dabei sind Lithium-Ionen-Akkus als Energiespeicher möglichst zu vermeiden; die Energieversorgung sollte möglichst durch Oberleitungen oder Brennstoffzellen erfolgen
- kein Platz für „Lufttaxis“ als umweltschädliche und unsichere Fortbewegungsmittel exklusiv für Wohlhabende und ausbeuterische „Fahrdienstleister“ wie z.B. Uber
- weiterhin keine 3. Start- und Landebahn am Flughafen München auch nach Ablauf der Bindungsfrist des erfolgreichen Bürgerentscheids; eine deutliche Reduktion von Kurzstreckenflügen ab bzw. vom Münchner Flughafen durch prohibitiv hohe Start- und Landegebühen und die Einstellung aller Subventionen an Flughafengesellschaften

5. Umwelt: Klimagerechtigkeit vor Ort erkämpfen

Die dramatischen Auswirkungen der Klimakrise sind schon heute spürbar. Ob Einbrüche der Ernte durch extreme Dürren oder Naturkatastrophen im globalen Süden, die die Existenz von Millionen Menschen zerstören: Der Notwendigkeit im kapitalistischen System, Profit und Wachstum zu schaffen, hat in eine globale ökologische Krise geführt und erzeugt weltweiten Widerstand. Der Protest für Klimagerechtigkeit und gegen Umweltzerstörung wird immer entschlossener. Die Bevölkerung hat die Dringlichkeit erkannt, doch die Politik hinkt hinterher.

Wir fordern ein radikales Umdenken und konsequentes Handeln – globaler wie lokal. Unser Ziel ist es, München bis 2025 unabhängig von allen fossilen Energieträgern zu versorgen. München soll ein Vorbild einer sozial-ökologischen Transformation werden. Es geht nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um den Erhalt der Artenvielfalt, Grünflächen und Gewässer, den Tierschutz und die Versorgung mit sauberer Luft, Trinkwasser und Nahrung, sowie einen nachhaltigen Umgang mit anderen Ressourcen. Die größten Verursacher der ökologischen Katastrophe sind immer noch die großen Unternehmen. Sie gilt es, besonders in die Pflicht zu nehmen, anstatt die Kosten der ökologischen Wende auf die Bevölkerung umzuwälzen oder die hier geschaffenen ökologischen Probleme auf andere Regionen in der Welt auszulagern. Die Kommunalpolitik muss dazu ihren gesamten Handlungsspielraum ausschöpfen. Die Zeit drängt. Ein erfolgreicher Strukturwandel wird von Tag zu Tag teurer.

5.1. Energiewende: Lokal handeln, statt global investieren

100 Prozent Ökostrom bis 2025 ist das Ziel der Stadtwerke München (SWM). Was gut klingt, ist reine Schönfärberei. Während noch immer ein großer Teil des Stroms aus Kohle- und Atomkraft stammt, ist der Anteil erneuerbarer Energien in München verschwindend gering. Nur eine Windkraftanlage und praktisch keine Dächer mit Photovoltaik speisen aktuell ins Netz. Gleichzeitig investieren die SWM europaweit in Großprojekte und verschleiern so ihre schlechte lokale CO₂-Bilanz. Der Strom aus der Münchner Steckdose wird schließlich vor allem in der Region und nicht an der norwegischen Küste produziert. Für eine gelungene dezentrale Energiewende ist es nötig, dieses Geld hier zu investieren, damit die Energieversorgung Münchens bis 2025 zu 100 Prozent frei von fossilen Energieträgern und regional wird.

Wir fordern:

- Ausbau von Geothermie, Power-to-Gas, Windkraft, Solarenergie und nachhaltiger Biomasseverwertung in Kooperation mit den umliegenden Kommunen

- Höhere Förderung von Mieter*innenstrommodellen für eine dezentrale und unabhängige Energieversorgung
- Steigende Energiepreise bei hohem Verbrauch, um Energiesparen zu fördern
- entgeltfreie Strom-Grundkontingente und Abschaffung von Stromsperrern, um Energiearmut zu bekämpfen
- Stärkere Förderung energetischer Gebäudesanierung. Kosten dürfen nicht auf Miete aufgeschlagen werden
- Gebäude der Stadt und der kommunalen Unternehmen dürfen nur noch mit Passivhaus-Standard gebaut werden
- wir fordern die vollständige, sozial verträgliche Umsetzung des erfolgreichen Bürgerentscheids „Raus aus der Steinkohle“

5.2. Naturschutz vor Profit – Grünflächen erhalten

Für ein gesundes Stadtklima benötigen wir einen umfassenden Schutz, insbesondere des Bodens, des Grund-, Oberflächen- und Trinkwassers, des Klimas, der Biotop- und Artenvielfalt. Doch der Fokus auf Wachstum und Profit steht diesen Zielen entgegen. Schon jetzt ist der Anteil an urbanen Grünflächen in München zu gering. Statt neue Gewerbegebiete auszuweisen und Luxusquartiere zu genehmigen, soll die Stadt mit einer ganzheitlichen Planung den Naturschutz und die Stadtentwicklung zusammendenken.

Wir fordern:

- Vermeidung von Flächenversiegelung und Forcierung von Entsiegelung
- Sicherung von Grünachsen und Kaltluftschneisen
- Gewässer renaturieren und das Einleiten von belastetem Abwasser unterbinden
- Enge Zusammenarbeit mit den lokalen Naturschutzverbänden
- bei Neubauten von Wohnanlagen sind Grünflächen zur gemeinschaftlichen Nutzung, wie z.B. Gemeinschaftsgärten, -beete etc. zu schaffen
- Lebensräume für Wildtiere erhalten und das Volksbegehren „Artenvielfalt“ lokal umsetzen
- Isar: Renaturierung des Nordteils, verstärkte Bemühungen für die Sauberkeit und keine weitere Kommerzialisierung

5.3. Nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln

Unsere aktuelle Nahrungsmittelerzeugung trägt maßgeblich zur Klimakrise und zum Verlust von Biodiversität bei. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, wollen wir regionale Nahrungsmittelkreisläufe, biologische Anbaumethoden und artgerechte Tierhaltung in München fördern.

Wir fordern:

- 100 Prozent ökologische, saisonale und weitestgehend regionale Verpflegung in städtischen Einrichtungen
- Täglich mindestens ein nachhaltiges und vollwertiges veganes Gericht in öffentlichen und schulischen Kantinen sowie vollwertige vegetarische Optionen in Kitas und Kindergärten
- Unterstützung finanziell Benachteiligter, z.B. durch kostenloses Schulessen
- Lebensmittelverschwendung durch Gastronomie und Handel mit höheren Müllabgaben einschränken und so Weiterverwendung stärken
- Förderung von solidarischen Junglandwirt*innen und solidarische Landwirtschaften, die ökologisch arbeiten und München regional versorgen
- Einrichtung von LebensMittelPunkten (vom Ernährungsrat München geforderte Freiräume für die Weiterverarbeitung und Versorgung mit regionalen und hochwertigen Lebensmitteln, aber auch als Begegnungs-, Lern- und Austauschorte)
- Bereitstellung von öffentlichen Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln und Urban Gardening
- Haltungsbedingungen von Tieren müssen sich an artspezifischen Ansprüchen orientieren; gegen industrielle Massentierhaltung in der Landwirtschaft

5.4. Reduzierung von Kunststoff

Deutschland exportiert im Schnitt 1.04 Millionen Tonnen Plastik im Jahr und das vor allem nach Südostasien. Dieser Müll landet dort auf riesigen Mülldeponien, die der Umwelt und den Meeren schaden. Wieder einmal müssen die ärmsten Länder wortwörtlich unsere Probleme ausbaden. Um diese Ungerechtigkeit einzuschränken müssen wir lokal handeln und unseren Plastikkonsum reduzieren. Dabei reicht es aber nicht, die Konsumierenden zum Handeln zu bitten, sondern klare Forderungen an Staat und Konzerne zu formulieren. Die Stadt bemüht sich schon in diesem Bereich, allerdings müssen wir als Metropole, die dazu finanziell in der Lage ist, härtere Maßnahmen ergreifen.

Wir fordern:

- Städtische Subventionen für Unverpackt-Läden, die ökologische Produkte aus der Region anbieten, um deren Angebote erschwinglich für alle zu machen und regionale Ansiedlung von Läden dieser Art zu fördern. Plastikfrei soll kein Elitenprodukt sein!
- Umfangreichere Studien über den Mikroplastikgehalt und deren Ursachen in der Isar. Die bisherigen Studien darüber sind unzureichend und klären nicht über den Ursprung des Mikroplastiks auf
- Das Recycling von Plastikmüll soll bis 2030 nicht bei einer Quote von unter 90% liegen.
- Eine Abkehr von Kunstrasen auf öffentlichen Sportplätzen. Allein Kunstrasenplätze sind für 5 Prozent des deutschen Mikroplastiks verantwortlich

6. Migration: Teilhabe für alle – unabhängig von Pass und Herkunft

München ist eine von Einwanderung geprägte Stadt – 43 Prozent der Münchner*innen haben einen Migrationshintergrund aus 180 unterschiedlichen Nationen. Seit Generationen ziehen Menschen aus aller Welt nach München und leisten mit ihrer Arbeit, ihren Vorstellungen und Ideen wichtige Beiträge zur Stadtgesellschaft und zum städtischen Zusammenleben. Wir wollen, dass alle, die in München ihren Lebensmittelpunkt haben, dieselben Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe genießen können.

Staatliche Ungleichbehandlung von In- und Ausländer*innen, die Abschottungspolitik des deutschen und europäischen Asyl- und Grenzregimes, institutioneller und Alltagsrassismus sowie der von Rechten und Konservativen forcierte gesellschaftliche Rechtsruck der letzten Jahre machen Migrant*innen auch in München ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben schwer. 27,6 Prozent der Münchner*innen haben keinen deutschen Pass – darunter Menschen, die hier geboren sind und deren Migrationsgeschichte bereits Generationen zurückliegt. Gemessen an der Bevölkerungszahl sind Migrant*innen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung deutlich unterrepräsentiert. Pass, Hautfarbe oder ein „fremd“ klingender Name sind auch im Alltag oft Ausschlusskriterien, etwa bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Während die Zahl von Hassverbrechen bundesweit von Jahr zu Jahr steigt, gehen rechte Politiker*innen und Parteien wie die AfD mit fremdenfeindlicher Hetze auf Stimmenfang.

Die Münchner LINKE sieht sich dem Grundgedanken der internationalen Solidarität und der Gleichheit aller Menschen verpflichtet. Wir wollen eine Stadt, die durch die Vielfalt ihrer Bewohner*innen und Lebensweisen lebt. Gemeinsam mit Migrant*innen, Unterstützer*innen und

853 antifaschistischen und antirassistischen Initiativen kämpfen wir für die Rechte von Zugewanderten
854 und stellen uns als Teil einer starken Zivilgesellschaft dem politischen Rechtsruck entgegen.

855

856 6.1. Gleiche Rechte für alle

857 Wir wollen gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe für alle Münchner*innen
858 garantieren – unabhängig von Pass und Nationalität. Obwohl sie in München leben und arbeiten,
859 Steuern zahlen und ihren Beitrag zur Stadtkultur leisten, sind Menschen ohne deutschen oder EU-
860 Pass von der kommunalen Mitbestimmung ausgeschlossen. Sprachliche und kulturelle Barrieren oder
861 mangelnde Erfahrungen und Wissen über Behördenabläufe stellen Hürden bei der Inanspruchnahme
862 städtischer Angebote und Dienstleistungen dar. Wir wollen die interkulturelle Öffnung der Stadt und
863 ihrer Referate weiter vorantreiben, die Möglichkeit der politischen Mitentscheidung für alle
864 Münchner*innen ausbauen und die Repräsentanz von Migrant*innen im Stadtrat und der
865 Verwaltung erhöhen.

866 Wir fordern:

- 867 • Wahlrecht für alle, die in München ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrer
868 Staatsbürgerschaft
- 869 • Beibehaltung des direkt gewählten Migrationsbeirates als beste Zwischenlösung
- 870 • Stärkung und Ausweitung der Kompetenzen des Migrationsbeirats
- 871 • Einrichtung eines kommunalen Einbürgerungsbüros mit geschultem Personal, das
872 Menschen bei der Bewältigung der formalen Anforderungen für die Einbürgerung
873 unterstützt
- 874 • Ausweitung des mehrsprachigen Informationsangebotes und der interkulturellen
875 Schulung von Mitarbeiter*innen bei allen städtischen Behörden
- 876 • Vorgehen gegen Strukturellen Rassismus und Behördendiskriminierung
- 877 • Racial Profiling und diskriminierende Kontrollen stoppen

878

879 6.2. München zum sicheren Hafen machen

880 Krieg und politische Verfolgung, strukturelle Armut und menschenunwürdige Lebensumstände
881 zwingen Menschen tagtäglich dazu, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Die immer weiter
882 fortschreitende Abschottung der Festung Europa, aber auch innereuropäische
883 Migrationsbeschränkungen erschweren nicht nur die Einreise, sondern schließt die Betroffenen auch
884 von der gesellschaftlichen Teilhabe und elementaren Grundversorgung aus. Viele der Ankommenden

885 sind nicht nur durch lange und gefährliche Fluchtwege, sondern auch durch das deutsche und
 886 europäische Asyl- und Grenzregime traumatisiert, leben in prekären Umständen oder in Illegalität.

887 München muss als Stadt alles dafür tun, um sich der bayerischen, deutschen und europäischen
 888 Abschottungspolitik entgegenzustellen und einen sicheren Hafen für Migrant*innen zu bieten. Viele
 889 Städte und Kommunen in Europa und weltweit gehen hier mit gutem Beispiel voran. Wir wollen, dass
 890 München sich ihnen anschließt. Eine humanitäre Hilfe vor Ort muss Möglichkeiten zur
 891 gesellschaftlichen Teilhabe genauso einschließen, wie eine speziell auf die Bedürfnisse von
 892 Geflüchteten ausgerichtete psychosoziale Betreuung. Im Zentrum des städtischen Hilfsangebotes
 893 muss dabei die Selbstbestimmung der Betroffenen stehen. Wir halten dabei am Grundsatz der
 894 Integration vom ersten Tag an fest und wollen sie konsequent auf alle Bereiche, wie z.B. der
 895 Familienhilfe, anwenden.

896 Wir fordern:

- 897 • Erklärung Münchens zum Sicheren Hafen und Beitritt zum europaweiten Netzwerk
- 898 solidarischer Städte
- 899 • Verpflichtung Münchens zur Aufnahme von mehr als den zugeteilten Geflüchteten
- 900 • dezentrale Unterbringung asylsuchender Menschen und Ablehnung von
- 901 Lagerunterbringung unter menschenwürdigen Umständen und sozialer Isolation
- 902 • Beibehaltung und Ausbau des Grundsatzes „Integration vom ersten Tag an“ und
- 903 konsequente Anwendung auf allen Gebieten: vom Sprachkurs bis hin zur Familienhilfe
- 904 • Förderung zur schnellen Integration von Kindern und Jugendlichen in Regelschulen
- 905 • Um Entwicklungsverzögerungen und -störungen entgegenzuwirken, ist eine Platzierung
- 906 in Kindertagesstätten wichtig und muss mit allen Mitteln gefördert werden
- 907 • Niedrigschwellige und menschenwürdige Hilfsangebote zur psychosozialen Betreuung
- 908 von Migrant*innen
- 909 • Einschränkungen zu städtischen Dienstleistungen für Geflüchtete beenden und volle
- 910 gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen
- 911 • Gleiche Rechte für alle EU-Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt und soziale Angebote,
- 912 wenn nötig in städtischer Eigenleistung
- 913 • Hilfe statt Repression: Diskriminierende Maßnahmen gegen Arbeitsmigrant*innen (z.B.
- 914 Abriss von Camps unter den Isarbrücken) unterbinden
- 915 • Gleiche Verteilung von Arbeitsbewilligungen. Gleiche Chancen für alle auf dem
- 916 Arbeitsmarkt. Keine Selektion nach „nützlichen“ und „weniger nützlichen“ Migrant*innen

917

6.3. Zivilgesellschaft stärken – dem Rechtsruck entgegen treten

München ist eine weltoffene Stadt, in der Rassismus und Faschismus keinen Platz haben dürfen. In den letzten Jahren erleben wir jedoch einen Rechtsruck in ganz Europa, der auch vor München nicht Halt macht. Rassistische und anderweitig menschenfeindliche Meinungen können längst wieder offener geäußert werden und finden mit der AfD auch eine politische Vertretung auf allen Ebenen. Die Zahl rechtsextremer Straftaten nimmt auch in München weiter zu: 2017 wurden 459 politisch rechts motivierte Straftaten erfasst. Von den 29 Gewaltdelikten richteten sich mindestens sechs gegen geflüchtete Menschen. Alleine in München werden zwölf Personen aus dem rechtsradikalen Spektrum mit Haftbefehl gesucht. München ist gleichzeitig auch ein Beispiel dafür, dass eine lebendige Zivilgesellschaft sich dem rechten Vormarsch entgegensetzen kann: 2018 gingen Hunderttausende auf Großdemonstrationen gegen den Rechtskurs von AfD und CSU auf die Straße. Wir stehen weiterhin Seite an Seite mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften in München und setzen uns der rechten Demagogie auf allen Ebenen entgegen.

Wir fordern:

- Enge Zusammenarbeit und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Diskriminierung und rechter Gewalt
- Städtische Förderung und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit migrantischen Interessenvertretungen und Kultureinrichtungen
- Beibehaltung der städtischen Förderung und Selbstbestimmung migrantischer, antifaschistischer und antirassistischer Einrichtungen
- Ermöglichung und Schutz der offenen religiösen und kulturellen Betätigung ethnischer und religiöser Minderheiten
- Kein Platz für Rechtsextremist*innen und Faschist*innen in öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Raum
- Gedenken und Erinnerung an die Opfer des Faschismus und der deutschen Kolonialherrschaft schützen und im Stadtbild sichtbar verankern
- Konsequente Umbenennung von Straßen und Plätzen, die an Täter*innen von Faschismus und Kolonialismus erinnern
- Verstärkte städtische Förderung von antirassistischen Projekten an Münchner Schulen (z.B. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage)

7. Bildung: Gebührenfrei und inklusiv von der Kita bis zur Meisterprüfung

Die kommunalen Bildungseinrichtungen haben in München eine große Bedeutung, sie reichen von den Kitas über die städtischen Realschulen und Gymnasien bis vor allem zu den 90 beruflichen Schulen, Berufsfachschulen und Akademien bis zu den Meisterschulen. Die Stadt ist für alle Einrichtungen der „Sachaufwandsträger“. Bei den städtischen Einrichtungen ist sie auch für das Personal zuständig.

Daher ist es unabdingbar, dass München die Schulbauoffensive fortsetzt und dabei die räumlichen Voraussetzungen für ein angenehmes Spiel- und Lernklima schafft. Ebenso müssen Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Lehrer*innen vernünftig bezahlt werden und ausreichend Möglichkeiten zur Weiterbildung erhalten, um sich den neuen Herausforderungen auch erfolgreich stellen zu können.

Nicht nur das stete Wachstum der Kinder- und Schüler*innenzahlen stellt die Stadt vor eine große Herausforderung, sondern vor allem die zunehmende Breite der Zusammensetzung der Kinder in den städtischen Bildungseinrichtungen, etwa in Hinblick auf Herkunft, kulturellen Hintergrund, Kenntnisse der deutschen Sprache und Bildungsnähe des Elternhauses. Wir wollen ein inklusives und sozial gerechtes Bildungswesen in München, das auf die besonderen Bedürfnisse und Anforderungen der Kinder eingeht und Chancengleichheit für alle ermöglicht. Das gilt insbesondere für die 135 Grund- und 44 Mittelschulen, die nicht zum Vorläuferhitze fürs Gymnasium verkümmern dürfen. Auch die beruflichen Bildungseinrichtungen, die mit 55.000 Schüler*innen die größte Schüler*innengruppe betreuen, bedürfen besonderer Aufmerksamkeit.

Wir fordern:

- Stärkung der interkulturellen Kommunikation und sprachlichen Kompetenz mit besonderem Augenmerk auf Zweisprachigkeit und „Deutsch als Fremdsprache“ von der Kita bis zur Berufsschule
- Aufstockung der Ausstattung mit Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen, um kleinere und inklusive Gruppen zu ermöglichen
- Verkleinerung der Klassengrößen zur besseren und individuellen Förderung von Schüler*innen an Grund- und Mittelschulen
- Eigenständiges und unbürokratisch zu bewirtschaftendes Budget für Grund- und Mittelschulen

- 981 • Qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung an Schulen mit individueller Förderung und
- 982 abwechslungsreichem Programm
- 983 • Ausweitung des sozialpädagogischen und schulpsychologischen Betreuungsangebot
- 984 insbesondere an den Berufsschulen
- 985 • Förderung von Berufsschullehrer*innen mit Fokus auf Verbindung und Balance von
- 986 praktischem Unterricht und theoretischen Grundlagen
- 987 • Vorbereitung auf die Meisterprüfung als integralen Bestandteil der städtischen
- 988 Berufsausbildung
- 989 • Einrichtung von Beratungsstellen für die Weiterbildung nach Facharbeiter- oder
- 990 Gesellenabschluss
- 991 • Zusammenfassung der städtischen Technikerschule an einen gemeinsamen Standort
- 992 • Meisterprüfung in allen angebotenen Lehrberufszweigen
- 993 • Ausweitung des Fort- und Weiterbildungsangebotes für Erzieher*innen und Lehrkräfte
- 994 durch das Pädagogische Institut der Stadt, insbesondere in Hinblick auf interkulturelle
- 995 Kommunikation und Zweisprachigkeit
- 996 • Ausweitung des pädagogischen Fortbildungsangebots für betriebliche Ausbildung
- 997 • Angleichung der Bezahlung für angestellte Lehrer*innen an die ihrer verbeamteten
- 998 Kolleg*innen
- 999 • Lehrmittelfreiheit für alle Schüler*innen

1000

1001 8. Gleichstellung: Selbstbestimmt Leben – für alle Geschlechter

1002 Alle haben das Recht auf Gleichberechtigung, individuelle Selbstbestimmtheit und körperliche

1003 Unversehrtheit – unabhängig von Geschlecht und Geschlechtsidentität. Trotz bestehender

1004 städtischer Gleichstellungs – und Fördermaßnahmen für Frauen prägen patriarchale

1005 Machtstrukturen und Weltbilder auch in München die Lebens- und Arbeitswelt.

1006 Aufgrund ungleicher Arbeitsverhältnisse, mangelnder Anerkennung am Arbeitsplatz, sowie von

1007 Mehrfachbelastungen verdienen Frauen in München (2018) im Durchschnitt 22 Prozent weniger als

1008 ihre männlichen Kollegen. Nach wie vor wird von Frauen erwartet, sich neben Beruf um Hausarbeit

1009 und Kindererziehung sowie um die Betreuung pflegebedürftiger Personen zu kümmern. Besonders

1010 schwer trifft es alleinerziehende Mütter: Ein Drittel von ihnen sind in München auf die Unterstützung

1011 durch Hartz IV angewiesen. In Wirtschaft und Politik sind Frauen trotz bestehender städtischer

1012 Gleichstellungsmaßnahmen unterproportional vertreten. Mehr als jede zweite Frau erlebt

1013 mindestens einmal im Leben einen sexualisierten Übergriff. 2018 registrierte die Polizei 1.472

1014 Sexualdelikte in München und 1.842 Fälle häuslicher Gewalt, die zu über 80 Prozent von Männern
1015 ausgingen. Scham und Angst vor Unverständnis oder Rache führen dazu, dass viele Betroffene gar
1016 nicht erst über das Erlebte reden, geschweige denn die Täter zur Anzeige bringen.

1017 Die bestehende Gleichstellungspolitik der Stadt und das Förder- und Unterstützungsangebot von
1018 Stadt und städtisch geförderten Trägern wollen wir ausweiten und insbesondere gegen
1019 antifeministische Angriffe von rechts verteidigen. Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik, die die
1020 Lebensbedingungen aller Frauen verbessert. Intersektionale Ansätze, die die Überschneidungen
1021 zwischen Geschlechterdiskriminierung und anderen Formen gesellschaftlicher Ungleichheit
1022 berücksichtigen, müssen fester Bestandteil städtischer Gleichstellungsmaßnahmen werden. Die
1023 bestehenden städtischen Gleichstellungsmaßnahmen für Frauen wurden von einer starken
1024 Frauenbewegung erkämpft. Auch heute ermächtigen sich Frauen selbst auf der Straße und im
1025 Internet, weltweit und lokal und stehen für ihre Rechte ein. Wir stehen diesen Kämpfen solidarisch
1026 zur Seite.

1027 Wir fordern:

- 1028 • Mindestquotierung von 50 Prozent für Frauen und paritätische Postenbesetzung in
1029 Stadtregierung, Verwaltung und kommunalen Unternehmen unter Einbeziehung von
1030 Menschen mit Geschlechtseintrag „Divers“
- 1031 • Ausbau der geschlechtersensiblen Folgenabschätzung in allen kommunalpolitischen
1032 Entscheidungen („Gender Mainstreaming“) und bei der Budgetvergabe („Gender
1033 Budgeting“) unter besonderer Berücksichtigung intersektionaler Ansätze
- 1034 • Ausbau von Maßnahmen für eine frauen- und familienfreundliche Betriebskultur in
1035 städtischen Betrieben u.a. mit Regelungen zur Lage und Verteilung der Arbeitszeit
- 1036 • Verpflichtende Standards zu Frauen- und Familienförderung als Kriterien an
1037 Unternehmen bei der Vergabe städtischer Aufträge
- 1038 • Ausbau des städtischen Erziehungs- und Pflegeangebotes zur Entlastung von Frauen in
1039 **Mehrfachbelastungen**
- 1040 • Erhalt und Ausbau **von Projekten, die** der Förderung von Frauen **dienen**, insbesondere
1041 Übernahme **der langjährigen Projekte der beruflichen Gleichstellung von Frauen und**
1042 **Männern** des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) in eine
1043 Regelförderung
- 1044 • Erhalt und Ausbau von Netzwerken zur Unterstützung und Beratung von
1045 alleinerziehenden Müttern bei der Arbeitssuche, Kinderbetreuung,
1046 Wohnungsbeschaffung und Versorgung in Notfällen

- 1047 • Schulungen für die Zuständigen im Bereich der Sozialarbeit und bei der Polizei, den
- 1048 Behörden und im gesamten öffentlichen Sektor, wie z.B. kommunaler Ordnungsdienst,
- 1049 zum Thema Gewalt an Frauen
- 1050 • Ausweitung der finanziellen Förderung von Frauenhäusern und
- 1051 Opferschutzeinrichtungen sowie unabhängiger Beratungseinrichtungen **auch für**
- 1052 **minderjährige Opfer von sexualisierter Gewalt**
- 1053 • effektiver Gewaltschutz für geflüchtete Frauen
- 1054 • Verbot sexistischer oder diskriminierender Werbung in München

1055

1056 9. Diversität: Gleichberechtigung aller Lebensweisen vorantreiben

1057 Als weltoffene Metropole zeichnet sich München auch durch eine vielfältige und eigenwüchsige
 1058 queere¹ Szene aus, in der eine Vielzahl von Vereinen, Gruppen und Einrichtungen der Gemeinschaft
 1059 in verschiedenen Lebenssituationen Hilfestellung und Unterstützung bieten. Ein Großteil dieser
 1060 Einrichtungen ist nicht nur in Selbsthilfe entstanden – ihre Existenz und der Erhalt musste gegen
 1061 diverse Widerstände erkämpft werden. Mit der Schaffung der Koordinierungsstelle für
 1062 gleichgeschlechtliche Lebensweisen, sowie auch durch die direkte Förderung von Vereinen trägt die
 1063 Landeshauptstadt dieser wichtigen Tätigkeit Rechnung. Dies darf jedoch nicht darüber
 1064 hinwegtäuschen, dass queere Menschen und Regenbogenfamilien durch Stigmatisierung
 1065 benachteiligt werden und auch in München immer wieder Diskriminierung und Ausgrenzung
 1066 ausgesetzt sind, z.B. auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt.

1067 Die verbesserte Lage für queere Menschen darf jedoch nicht als selbstverständlich gesehen werden.
 1068 Nicht erst das Erstarken der AfD und ihrer offenen homophoben Vorfeldorganisationen bedrohen
 1069 bereits Erreichtes. Auch aus dem konservativen Lager gab und gibt es immer wieder Versuche,
 1070 unliebsamen Projekten die kommunale Förderung zu kürzen oder zu entziehen.

1071 Aber auch ohne diese direkten Angriffe ist die Gleichstellung noch lange nicht erreicht. Insbesondere
 1072 spiegeln sich Problemstellungen wie Sexismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder die
 1073 Ausgrenzung von finanziell Benachteiligten auch im queeren Bereich wider. Diese mehrfachen
 1074 Diskriminierungen (Intersektionen), wie bei queeren Migrant*innen, können Ausgrenzungs- und
 1075 Marginalisierungserfahrungen gefährlich verstärken. So sind z.B. Inter* und Trans*geschlechtliche,
 1076 aber auch lesbische Frauen besonders häufig von Erwerbslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen

¹ Queere: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgeschlechtliche, Menschen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen (Inter*) und/oder dies nicht wollen, sowie Menschen, die keine heterosexuelle Paarbeziehung leben wollen.

1077 betroffen. Als LINKE nehmen wir daher konsequent einen intersektionalen Blickwinkel ein. Identitäts-
1078 und Gleichstellungspolitik sind für uns integraler Bestandteil der sozialen Frage.

1079 Wir fordern:

- 1080 • Konsequentes Mainstreaming von gleichgeschlechtlichen Interessen, sowie der
1081 Auswirkung städtischer Maßnahmen auf Inter* und Trans*-Personen und bei der
1082 Förderung in freier Trägerschaft. Angebote, die unterschiedlichen Gruppen offenstehen,
1083 müssen auch als solche klar kommuniziert werden
- 1084 • besondere Förderung von lesbischen* Vereinen und Initiativen mit Rücksicht auf die
1085 häufig schwierige soziale Situation von Lesben und Frauen* als Teil der queeren
1086 Community
- 1087 • Ausbau der städtischen Personalausstattung für queere Angebote wie
1088 Koordinierungsstelle, TRIQ etc. im Hinblick auf die Verantwortung auch für Menschen,
1089 die nicht direkt in München wohnen
- 1090 • Einsatz der Stadt zur Mischfinanzierung queerer Angebote mit dem Land, um die
1091 spezifische Situation und Verantwortung als Landeshauptstadt nicht alleine tragen zu
1092 müssen
- 1093 • Schaffung neuer und Erhalt sowie zivilgruppengerechter Ausbau bestehender Angebote
1094 für queere Menschen in städtischer Unterbringung und Pflegeeinrichtungen (z.B.
1095 geschützte Unterbringung queerer Geflüchteter) und Schaffung eines
1096 Begegnungszentrums für Menschen mit Handicap
- 1097 • zielgruppenspezifische alternative Wohnprojekte sind als Teil der offensive im sozialen
1098 Wohnungsbau sukzessive städtisch zu erweitern und die Berücksichtigung queerer
1099 Lebensrealitäten bei der Vergabe von Sozialwohnungen

1100

1101 10. Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen

1102 Die kommunalen Leistungen, die die Stadt bietet, sowie die dort getroffenen Entscheidungen
1103 betreffen uns alle. Ob in der Stadt als Ganzes, im Viertel oder in der Nachbarschaft – alle, die in
1104 München wohnen, sollten deswegen auch die Möglichkeit haben, bei allen sie betreffenden Fragen
1105 mitzuentcheiden und mitzugestalten.

1106 Die derzeitigen Möglichkeiten demokratischer Teilhabe erfüllen diesen Anspruch nur begrenzt. Für
1107 die meisten beschränken sie sich allenfalls auf die Abgabe des eigenen Stimmzettels. Macht- und
1108 Wissenshierarchien führen dazu, dass politische Gremien die Stadtbevölkerung über ihre Köpfe
1109 hinweg verwalten und allenfalls für Expert*innen und Lobbygruppen offen sind. Viele Milieus sind in

1110 Stadtrat, Stadtverwaltung, aber auch Bezirksausschüssen und Bezirksversammlungen fast gar nicht
 1111 vertreten. Dadurch entstehen Politikverdrossenheit, Perspektivlosigkeit und Frust: Gefundenes
 1112 Fressen für rechtspopulistische Hetze.

1113 Die bestehenden Möglichkeiten zur politischen Teilnahme und demokratischen Mitbestimmung
 1114 wollen wir auch über Wahlen und Bürgerentscheide hinaus ausbauen – für alle Münchner*innen,
 1115 unabhängig von Klasse, Schicht, Milieu, Alter, Gesundheit, Nationalität und Pass. Wir setzen uns für
 1116 einen wechselseitigen Dialog zwischen Stadt und Bevölkerung ein und stehen für den Ausbau
 1117 direktdemokratischer Verfahren, um die Münchner*innen von Anfang an in für sie wichtige Fragen
 1118 einzubeziehen. Informationen über Entscheidung städtischer Gremien und Behörden müssen
 1119 transparent, **vollumfänglich** und leicht zugänglich gestaltet werden, um fundierte Entscheidungen
 1120 von Unten zu ermöglichen und Zugangshürden und Wissenshierarchien abzubauen. Eine
 1121 Zusammenarbeit mit rechten antidemokratischen Kräften in den Stadtgremien schließen wir
 1122 kategorisch aus.

1123 Wir fordern:

- 1124 • Ausweitung des Kommunalwahlrecht für alle, die in München leben
- 1125 • Herabsetzung des Kommunalwahlrechts auf höchstens 16 Jahre
- 1126 • **Stärkung der Rechte von Bezirksversammlungen und Bezirksausschüssen sowie den**
 1127 **Beiräten der Stadt**
- 1128 • Einführung von Bürger*innenhaushalten auf Stadt- und Bezirksebene
- 1129 • Direkte Partizipation der Einwohner*innen an Stadtplanungsprozessen von Anfang an.
 1130 Wien ist hier ein gutes Vorbild
- 1131 • Attraktivere und demokratischere Gestaltung von Bezirksversammlungen, um
 1132 Partizipationsmöglichkeiten zu erhöhen
- 1133 • Transparenz der Verwaltung stärken: übersichtliche und leicht einsehbare Präsentation
 1134 von Protokollen städtischer Gremien, Haushaltsplänen und Haushalten, sowie
 1135 Datenerhebungen, Gutachten und Studien im städtischen Auftrag über das
 1136 Rathausinformationssystem und Kontaktstellen
- 1137 • **Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Menschen mit Handicap im Direktorium**
- 1138 • Hilfestellungen bei Behörden erleichtern: Veröffentlichung kommunaler Beschlüsse und
 1139 Verordnungen in mehreren Sprachen, leichter Sprache und Blindenschrift
- 1140 • **Mehr Mitspracherecht in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schüler*innenvertretung in**
 1141 **Schulen etc.)**
- 1142 • **Änderung an Ergebnissen von Bürgerentscheiden nur durch weiteren Bürgerentscheid**
 1143 **ermöglichen**

- 1144 • Politische Bildung in Schulen stärken und mehr Mitspracherechte für
- 1145 Schüler*innenvertretungen
- 1146 • Demokratische Kontroversen und Diskussionen in städtischen und städtisch geförderten
- 1147 Räumen ermöglichen: Rücknahme von Raumverboten aufgrund willkürlicher und
- 1148 unklarer Definitionen
- 1149 • Keine Zusammenarbeit mit und keine Zustimmung zu Anträgen von Personen und
- 1150 Gruppen, die faschistische, neonazistische oder sonstig gruppenbezogene
- 1151 Menschenfeindlichkeit propagieren

1152

1153 11. Öffentlicher Raum: Freiräume statt Kontrolle

1154 Der öffentliche Raum gehört allen. Er muss der Stadtgesellschaft möglichst ungehindert zur
 1155 Verfügung stehen. Dafür zu sorgen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt. Eingriffe in die
 1156 Nutzung öffentlicher Flächen sollten die Stärkung des allgemeinen Zugangs im Sinn haben – nicht
 1157 dessen Einschränkung.

1158 Die derzeitige Sicherheitspolitik ist nicht nur in Bayern, wo etwa 2018 trotz Massenproteste ein
 1159 verfassungsrechtlich bedenkliches Polizeigesetz eingeführt wurde, sondern auch in München vor
 1160 allem von einer Ausweitung des staatlichen Sicherheits- und Überwachungsapparates auf Kosten
 1161 individueller Freiheitsrechte geprägt. Überwachungskameras und Verbotsverordnungen dominieren
 1162 Straßen und Plätze, während Polizei und kommunale und private Sicherheitsdienste bestimmte
 1163 Milieus wie Obdachlose, Tagelöhner*innen oder Alkohol- und Suchtkranke von der Straße vertreiben.
 1164 Zwar leistet die Stadt mit einem umfassenden psychosozialen Angebot auch wertvolle
 1165 Präventionsarbeit, doch wird diese oft im Interesse der Wahrung des „sauberen“ Images betrieben.
 1166 Eine Trinkerstube am Hauptbahnhof fängt die rigorose Durchsetzung des dortigen Alkoholverbotes
 1167 ab. Mit dem Hinweis auf – völlig unzureichende und nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechende
 1168 – Notunterkünfte werden unter den Isarbrücken Obdachlosencamps geräumt. Aber auch
 1169 Jugendliche, Feiernde oder sogar Kinder, die eine der wenigen Grünflächen im urbanen Raum
 1170 nutzen, werden zu ordnungspolitischen Problemfällen erklärt. Die Verdrängung unter
 1171 sicherheitspolitischen Aspekten gesellt sich zur ökonomischen Verdrängung der Münchner*innen
 1172 hinzu.

1173 Die beste Konfliktprävention besteht immer noch in der Schaffung sozialer Sicherheit für alle. Der um
 1174 sich greifenden Verdrängung aus dem öffentlichen Raum unter dem Aspekt der Sicherheit setzen wir
 1175 eine städtische Konfliktlösung gegenüber, die die freie Bewegung und Nutzung des öffentlichen
 1176 Raumes für alle garantiert und soziale Probleme anpackt, anstatt sie einfach aus dem Stadtbild

1177 verschwinden zu lassen. Individuelle Freiheitsrechte und Bedürfnisse, die Würde des Einzelnen und
1178 Unterstützung der Eigeninitiative müssen im Mittelpunkt städtischer Ordnungspolitik stehen. Eine
1179 Kriminalisierung sozial nicht akzeptierter Milieus lehnen wir ab.

1180 Wir fordern:

- 1181 • Keine Videoüberwachung des öffentlichen Raums
- 1182 • Hilfe zur Selbsthilfe und Freiwilligkeit als Grundlagen des psycho- und
- 1183 sozialtherapeutischen Angebotes der Stadt und geförderter freier Träger
- 1184 • Ausbau der Obdachlosenhilfe und psychosozialer Betreuungsangebote statt
- 1185 „ordnungsrechtliche“ Vertreibung von Obdachlosen und anderen sozial deklassierten
- 1186 Milieus
- 1187 • Einsatz von Streetworker*innen statt städtischer Hilfspolizei (z.B. Kommunalen
- 1188 Außendienst (KAD) im Bahnhofsviertel)
- 1189 • Flächendeckend Möglichkeiten zur Substitutionstherapie für Menschen mit
- 1190 Opiatabhängigkeit schaffen
- 1191 • Einrichtung von Druckräumen unter medizinischer Betreuung für Suchtkranke
- 1192 • Ermöglichung anonymer Drug Checking-Angebote zur Prüfung von Verunreinigungen von
- 1193 Rauschmitteln
- 1194 • Beantragung der Einrichtung eines kommunalen Cannabis Social Clubs als Modellversuch
- 1195 zur Abgabe von Cannabis
- 1196 • Vorgehen gegen „Racial Profiling“ und anderer auf bestimmte Personengruppen
- 1197 ausgerichteter Kontrollkriterien

1198

1199 12. Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten

1200 Ob in der öffentlichen Infrastruktur, Verwaltung, Politik, Arbeit oder Freizeit – digitale Vernetzung
1201 und Informationsflüsse sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Schnelles Internet und
1202 Glasfaser sind längst wichtige Bestandteile der städtischen Infrastruktur und kommunalen
1203 Grundversorgung. Gleichzeitig schreitet der Ausbau Münchens zur „Smart City“ voran, zur
1204 intelligenten Stadt, in der alles und jede*r digital vernetzt Informationen austauscht.

1205 Derzeit wird die Digitalisierung Münchens größtenteils Unternehmensinteressen überlassen. Private
1206 Anbieter sammeln aus dem ständigen Informationsfluss der vernetzten Stadt private Daten und
1207 erstellen digitale Profile für den lukrativen Datenhandel. Die Nutzer*innen verkommen immer mehr
1208 zu gläsernen Bürger*innen, während viele Münchner*innen durch Zugangsbeschränkungen der

1209 privatisierten Netzanbieter*innen ausgeschlossen sind. Das Prinzip einer datengesteuerten und
1210 überwachten Stadt, die immer weiß, wo sich die Bürger*innen befinden und was sie tun, lehnen wir
1211 ab. Der Schutz der Privatsphäre hat für uns oberste Priorität. Über den Einsatz von
1212 Überwachungssensoren, die Verwendung der Daten und ihren Schutz braucht es eine offene
1213 Bürgerbeteiligung.

1214 Den digitalen Ausbau der Stadt wollen wir nicht wirtschaftlichen Interessen überlassen, sondern
1215 bewusst und nachhaltig zum Nutzen der Einzelnen und der Allgemeinheit gestalten. Wir stehen für
1216 die Schaffung einer stadtweiten kostenlosen Netzinfrastruktur in öffentlicher Hand für alle
1217 Münchner*innen und die Stärkung der Kontrolle der Münchner*innen über ihre eigenen Daten. Die
1218 Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten zur direktdemokratischen Beteiligung im Stadtleben. Diese
1219 wollen wir auch für München nutzen. Freie Software stellt eine echte Alternative zum Monopol der
1220 großen IT-Konzerne dar. Auch nach der Abschaffung von Linux fordern wir, dass München hier seine
1221 Vorreiterrolle wiederaufnimmt. Um niemanden von der technologischen Entwicklung
1222 auszuschließen, ist die Bereitstellung analoger Alternativen für städtische digitale Angebote ebenso
1223 unabdingbar wie ein verstärktes zugangsfreies städtisches Schulungsangebot zu digitalen Themen.

1224 Wir fordern:

- 1225 • Aufbau eines kostenfreien stadtweiten WLANs
- 1226 • Betrieb des Breitbandnetzes im städtischen Eigenbetrieb. 100%ige Versorgung mit
1227 Glasfaser für alle Haushalte und Gewerbebetriebe.
- 1228 • Transparenz und kommunale Datenschutzrichtlinien für den gesamten Datenaustausch
- 1229 • Gutachten zum Energieverbrauch im Endausbau der vernetzten Stadt und Entwicklung
1230 von Modellen für energieeffiziente Netze durch die Stadt
- 1231 • Städtische Regulierung von Handymasten zur Reduktion von Elektromog, solange
1232 Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit nicht geklärt sind
- 1233 • Einsatz und Entwicklung von benutzerfreundlichen Open Source-Lösungen für die
1234 gesamte Stadtverwaltung mit dem Ziel eines kompletten Ausstiegs aus der Abhängigkeit
1235 von kommerzieller Software
- 1236 • Schulungen von städtischem Personal im Umgang mit Open Source-Software
- 1237 • Ausbau des Rathausinformationssystems (RIS) zur übersichtlichen Präsentation
1238 sämtlicher Protokolle städtischer Gremien, sowie von Haushaltsplänen und aktuellen
1239 Haushalten und sämtlichen Datenerhebungen, Gutachten und Studien im städtischen
1240 Auftrag
- 1241 • Online-Angebot quantitativer Daten in menschen- und maschinenlesbarer Form, um Aus-
1242 und Bewertung von außen zu ermöglichen

- 1243 • Schaffung einer niederschwelligen Kontaktmöglichkeit zur Informationsabfrage
- 1244 • Schaffung neuer Stellen zur Bearbeitung von Anfragen und Datensatzpflege
- 1245 • Nutzung von digitalen Angeboten zur Bürger*innenbeteiligung in der Breite (z.B. Web
- 1246 Apps)
- 1247 • Digitale Spaltung überwinden: kostenloses Schulungsangebot im Bereich Digitalisierung
- 1248 durch die Münchner Volkshochschule für alle Münchner*innen

1249

1250 13. Kunst und Kultur: Freiräume schaffen für eine

1251 unabhängige Kunst

1252 Ob zum Selbermachen, zum Erfahren oder zum Genießen – Kunst und Kultur sind ein wichtiges

1253 menschliches Grundbedürfnis. Kulturelle Betätigung bietet die Möglichkeit der Artikulation von

1254 Bedürfnissen und der Reflexion über die Welt. Ob soziale oder altersbedingte Grenzen, ob von

1255 unterschiedlichen Seiten der Welt kommend – gemeinsames kulturelles Schaffen überwindet

1256 Barrieren und Grenzen. Kultur muss inklusiv sein. Ausgrenzende Kultur lässt Kultur schwinden.

1257 DIE LINKE möchte, dass alle Menschen Zugang zu Kultur haben. Wir streiten dafür, dass Menschen

1258 gemeinsam nicht nur Kultur rezipieren, sondern auch schaffen können. Dafür braucht es finanzielle

1259 Unterstützung und Freiräume – ob für Musik, Tanz, bildende Künste, Theater oder Kino, ob große

1260 Konzertsäle oder kleine Nebenräume, ob unter Brücken, am Rand oder in der Innenstadt. Alle Pläne

1261 für die Zukunft der Stadt müssen Kultur als zentralen Bestandteil berücksichtigen.

1262 Vor allem in München schwinden die Freiräume für kreative Entwicklungsmöglichkeiten zusehends.

1263 Zum einen wird einer reinen Entertainment- und Eventökonomie das Feld überlassen. Zum zweiten

1264 fördert München Kultur vor allem exklusiv – ob für Schaffende oder Zuschauer*innen: Die Zugänge

1265 zu Sport, Theater, Kino, zu Musik und bildender Kunst kosten Geld. Kleinere Kulturangebote und die

1266 freie Kulturszene sind ebenso Opfer der Gentrifizierung, wie das teure München auch Auswirkungen

1267 auf kulturelle Angebote hat. Künstler*innen leben abseitig einer sehr kleinen etablierten Szene

1268 höchst prekär. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstler*innen sind für

1269 ein lebenswertes München aller unverzichtbar.

1270 Erste Ideen wie günstigere Zugänge mit dem München-Pass müssen ausgebaut und völlig kostenfrei

1271 werden. Für Migrant*innen sind es auch bürokratische Hürden, die den Zugang zu Kultur

1272 erschweren.

1273 Rechte, reaktionäre Kräfte möchten Freiräume und Äußerungsmöglichkeiten Kulturschaffender
1274 generell untersagen. Dagegen geht DIE LINKE an, gemeinsam mit den Kulturschaffenden und
1275 Sportler*innen.

1276 Wir fordern:

- 1277 • Kostenfreien Zugang für finanziell benachteiligte Menschen zu kulturellen Einrichtungen
1278 und sportlichen Events
- 1279 • Bereitstellung von Mitteln und Schaffung aller notwendigen Freiräume – Übungs-,
1280 Trainings-, Aufführungsräume sowie von Ateliers und Werkstätten – für Aktive in Kunst,
1281 Kultur und Sport unabhängig vom Alter oder finanzieller Lage
- 1282 • Schaffung eines zweiten überregionalen jugendkulturellen Zentrums
- 1283 • Berücksichtigung der Schaffung kultureller Einrichtungen in der Stadtentwicklung
- 1284 • Förderung und Starthilfe bei interkultureller Begegnungszentren und kulturellen
1285 Einrichtungen in Stadtteilen, mit selbstverwalteten Projekten insbesondere für junge
1286 Menschen und Frauen

1287

1288 14. Frieden: Für eine rüstungsfreie Stadt

1289 Die Landeshauptstadt und ihr Oberbürgermeister ist Mitglied im Netzwerk „Mayors for Peace“
1290 (Bürgermeister für den Frieden), aber Signale oder echte Initiativen bleiben aus. Im Gegenteil: Aus
1291 der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag wurde deutlich, dass ein Drittel
1292 der deutschen Waffenexporte aus Bayern stammt. Ein Großteil davon wird im Ballungsraum
1293 München produziert. Prominente Rüstungsproduzenten wie Krauss-Maffei Wegmann, MTU oder
1294 MAN sind dabei ebenso vertreten wie zahlreiche mittlere und kleinere Unternehmen bis hin
1295 Elektronikfirmen und Software-Entwickler, die Komponenten und Ausstattungen für
1296 Rüstungsprodukte entwickeln und produzieren.

1297 Waffensysteme aus München kommen weltweit in Kriegsgebieten zum Einsatz und tragen zur
1298 Aufrüstung und Stabilisierung autokratischer Regimes bei. Münchner Produkte waren beim Überfall
1299 der türkischen Armee auf die nordsyrisch-kurdische Provinz Afrin ebenso dabei wie bei den
1300 Bombardements der saudi-arabischen Luftwaffe im Jemen, um nur einige Beispiele zu nennen.

1301 Rüstung ist heutzutage immer mehr ein digital-elektronisches Geschäft, dessen Technologien auch
1302 zivil genutzt werden könnten. Systeme etwa zur Lenkung von Artillerie-Geschossen und
1303 elektronischen Überwachung von Gefechtsfeldern, könnten auch für Transport- und Logistik-Systeme
1304 eingesetzt werden. Wir setzen uns für eine Konversion der Münchner Rüstungsproduktion zur zivilen

1305 und friedlichen Nutzung ein. Dabei wollen wir die Beschäftigten in den Rüstungsunternehmen
1306 mitnehmen und aufzeigen, dass in der friedlichen Nutzung ihrer Entwicklungen die Zukunft liegt – für
1307 sie, für die Stadt und Europa!

1308 Wir fordern:

- 1309 • Städtische Initiative zur Rüstungskonversion in München
- 1310 • Konversionskonferenzen zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf friedliche Nutzung
1311 in München unter Einbeziehung von Unternehmen, Beschäftigten, Gewerkschaften und
1312 Friedensinitiativen
- 1313 • Städtische Förderung von Friedensprojekten und humanitärer Hilfe in Krisengebieten
- 1314 • Entzug der städtischen Unterstützung für die so genannte „Sicherheitskonferenz“
- 1315 • Keine Bundeswehrwerbung in städtischen Schulen

1316

1317 15. Finanzen: Den städtischen Haushalt umverteilen

1318 Als eine der reichsten Städte der Bundesrepublik ist München finanziell relativ gut aufgestellt: 2018
1319 betrugen die städtischen Einnahmen 7,2 Milliarden Euro. Das städtische Vermögen je Einwohner*in
1320 betrug 8.570 Euro, die Schulden lediglich 440 Euro. Im Jahr 2018 hat München über 660 Millionen
1321 Euro Haushaltsüberschuss erzielt. Wir wollen den städtischen Haushalt zu Gunsten eines sozial-
1322 ökologisch Ausbaus der Stadt umverteilen. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur und die ökologische
1323 Transformation sollen absolute Priorität auf der Ausgabenseite genießen.

1324 Um die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung der Münchner*innen über die städtischen
1325 Ausgaben zu erhöhen, fordern wir die Einrichtung von Bürger*innenhaushalten sowohl stadtweit als
1326 auch auf Ebene der Stadtbezirke. Bürger*innenhaushalte schaffen Transparenz bei der Verwendung
1327 von öffentlichen Geldern, minimieren Lobbyismus und beteiligen die Bürger*innen auf
1328 direktdemokratischem Weg an der lokalen Finanz- und Investitionspolitik.

1329 Die landes- und bundesweite Steuerpolitik der letzten 15 Jahre hat zur Anspannung der öffentlichen
1330 Kassen zu Gunsten von Vermögenden und Unternehmen geführt. Hinzu kommt die in Bayern und im
1331 Bund durchgesetzte sogenannte Schuldenbremse, die die Handlungsfähigkeit des Staates und der
1332 Kommunen einschränkt. Wir wollen, dass die Stadt hier für eine gerechte Verteilung und umfassende
1333 sozialstaatliche Leistungen einsetzt.

- 1334 Zur Erfüllung der städtischen Aufgaben im sozialen, schulischen, ökologischen und kulturellen
1335 Bereich werden wir außer der Neuaufnahme von Krediten auch die Erhöhung der **Gewerbsteuer** in
1336 Betracht ziehen.
- 1337 Wir fordern:
- 1338 • Die Einrichtung von Bürger*innenhaushalten in Stadt und Bezirken
 - 1339 • Bei den Pflichtausgaben der Kommune refinanzieren wir die jeweiligen Tarifsteigerungen
1340 der Gehälter und sorgen in unserer Haushaltspolitik für ausreichende Stellen in den
1341 jeweiligen Referaten
 - 1342 • **Keine Public Private Partnership-Projekte, wenn diese die Privatisierung öffentlicher**
1343 **Aufgaben zum Ziel haben**
 - 1344 • Keine städtische Spekulation mit Steuergeldern **und Abzug aller finanziellen Rücklagen**
1345 **und Anlagen der Stadt München aus klimaschädlichen Wertanlagen**
 - 1346 • Transparente Behandlung bei Vergabe von Bürgschaften und anderen Finanzgeschäften
1347 in öffentlichen Stadtratssitzungen
 - 1348 • Begrenzung von Managergehältern und Boni in stadteigenen und stadtnahen
1349 Gesellschaften
 - 1350 • Politische Initiative der Stadt zur stärkeren Besteuerung von Unternehmensgewinnen,
1351 sowie zur Vermögens- und Erbschaftssteuer, sowie zur Abschaffung der Schuldenbremse
1352 auf Landes- und Bundesebene